Nr. 40 — Jahrgang 19 | Einzelnummer 0,20 Zl. | Sonnabend, den 18. Februar 1933

# Volkswille

zugleich **Volksstimme** für Bielitz

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0,12 Zloty für die achtgespaltene Zeile, außerhalb 0,15 Zlp. Anzeigen unter Text 0,60 Zlp. von außerhalb 0.80 Zlp. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

Geschäftsstelle der „Volksstimme" Bielsko, Republikanska Nr. 41. — Telefon Nr. 1294

**Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei in Polen**

Abonnement: Vierzehntägig vom 16. bis 28. 2. cr 1.65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteure

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29). — Postscheckkonto P. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschluß: Geschäftsstelle sowie Redaktion Nr. 2097

# Kommunistenunruhen in Saloniki

## Blutiger Zusammenstoß auf einer Versammlung — Mehrere Tote u. 115 Verletzte — 80 Verhaftungen — Militäraktion in Rumänien

**Athen. In Saloniki kam es am Mittwoch spät abends zu blutigen Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Polizei. Etwa 400 Kommunisten hielten in einem geschlossenen Raum eine Geheimversammlung ab. Die Polizei überraschte sie dabei und verhandelt zunächst zwei Stunden vergeblich, um eine friedliche Auflösung der Versammlung zu erreichen. Schließlich gaben die Polizeibeamten Luftschüsse ab und versuchten, den Saal gewaltsam zu räumen. Es entstand eine Panik, wobei sieben Arbeiter in einem engen Treppenhaus totgedrückt wurden. Im Verlauf der Tätlichkeiten sollen angeblich 115 Personen verwundet worden sein. Die Polizei verhaftete 80 Kommunisten, darunter mehrere bekannte Rädelsführer.**

### Was geht in Rumänien vor?

**Bukarest.** In den Bukarester Eisenbahnwerkstätten ist die Ruhe im wesentlichen wiederhergestellt. Auf seiten der Polizei und des Militärs sind etwa 20 Verwundete zu verzeichnen. **Die Räumung der von streikenden Eisenbahnarbeitern besetzten Eisenbahnwerkstätten in Bukarest ist gewaltsam durchgeführt worden,** wobei es auf der Seite der Armee einen Toten und zwei Schwerverletzte und auf der Arbeiterseite drei Tote und zahlreiche Verwundete, darunter 16 Schwerverletzte gegeben hat. Die Säuberungsaktion begann bereits am Mittwoch abend. Es waren Scheinwerfer und Maschinengewehre in Stellung gebracht worden. Die Verhandlungen zwischen Arbeitern und Regierung dauerten zunächst die ganze Nacht, so daß die Truppen bei lodernden Feuern auf der Straße biwakieren mußten.

**Die Arbeiterschaft forderte Aufhebung des Belagerungszustandes, Anerkennung ihrer Sowjetorganisation und die Erlaubnis, kommunistische Zellen bilden zu dürfen.**

Alle diese Forderungen wurden abgelehnt. Die ganze Nacht über kam es zu kleineren Zusammenstößen mit Soldaten und Polizisten, die aber harmlos verliefen.

**Donnerstag früh spitzte sich die Lage zu.** Die Arbeiter begannen die Truppen mit Pistolen zu beschießen, die darauf ihrerseits von der Waffe Gebrauch machten und zum Angriff übergingen. Binnen kurzem waren die Werkstätten, in denen sich noch etwa 2 000 Streikende befanden, gewaltsam geräumt. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen. Unter den Festgenommenen befinden sich sehr viele Fremde. Zurzeit ist die Ruhe wiederhergestellt.

### Blutige Straßenschlacht in Oviedo

**Paris.** Nach Meldungen aus Madrid ist es in Oviedo zu blutigen Zusammenstößen zwischen Kommunisten, Bürgergarde und der Polizei gekommen. Streikende Grubenarbeiter warfen in der Nacht zum Donnerstag im **Arbeiterviertel Oviedos fünf Bomben,** von denen die eine unmittelbar vor der Bank von Asturien, die vier anderen **vor der sozialistischen Genossenschaft explodierten** und großen Schaden anrichteten. Die Hauptkabel der elektrischen Lichtleitung wurden durchschnitten, so daß die Stadt in tiefes Dunkel gehüllt war. Polizei und Bürgergarder versuchten die Kundgeber zu zerstreuen. Dabei kam es in verschiedenen Stadtvierteln zu schweren Straßenkämpfen, die zahlreiche Tote und Verletzte forderten.

# Revolverattentat auf Roosevelt

## Der Präsident unverletzt — Bürgermeister Zermak tödlich getroffen — Der Attentäter ein italienischer Anarchist

**Miami. Auf den zukünftigen amerikanischen Präsidenten Roosevelt, der sich in Miami (Florida) zur Erholung aufhält, wurde am Donnerstag früh ein Attentat verübt. Es wurden fünf Schüsse abgefeuert. Roosevelt wurde jedoch nicht verletzt.**

**Der Attentäter verübte den Anschlag, als Roosevelt in den Anlagen von seinem Kraftwagen aus ein Ansprache hielt. Fünf Meter neben Roosevelt stehend feuerte der Attentäter fünf Schüsse ab. Während Roosevelt unverletzt blieb, wurden der in nächster Nähe stehende Chikagoer Bürgermeister Zermak, ein Detektiv, sowie zwei Frauen schwer verletzt. Der Menschenmenge bemächtigte sich eine ungeheure Aufregung. Roosevelt winkte den Leuten zu, zum Zeichen, daß er unverletzt geblieben war. Zermak, dessen Zustand besorgniserregend ist, hatte wenige Minuten vor dem Anschlag zwei seiner Leibwächter heimgeschickt. Die Stadtbehörden behaupten, daß der Anschlag nicht Roosevelt, sondern Zermak galt. Angeblich soll es sich um einen Versuch Chikagoer Unterweltler handeln, die den ihnen verhaßten Bürgermeister töten wollten. Der Attentäter wurde auf der Stelle verhaftet. Es ist der 33jährige italienische Maurer Guiseppe Zingara, der der Polizei erklärte, daß er schon vor 10 Jahren einen Anschlag auf den König von Italien verübt habe. Seine jetzige Tat habe sich gegen Roosevelt und nicht gegen Zermak gerichtet. Bei der Vernehmung erklärte Zingara, ein schmächtiger, blonder Mensch, der italienisch spricht, daß er alle Präsidenten und Polizeibeamten töten wolle. Die Polizei hat inzwischen seine Wohnung durchsucht und eine weibliche Person, angeblich die Frau des Attentäters, verhaftet.**

### Zingara über seine Beweggründe

**New York.** Der Attentäter Zingara erklärte, er habe stets die Reichen und Mächtigen gehaßt und habe jetzt gehofft, daß er dieses Mal mehr Glück, als vor 10 Jahren haben werde, als er sich in Italien eine Pistole kaufte, um den König Viktor Emanuel zu erschießen. Durch einen merkwürdigen Zufall sei aber dasselbe wie damals eingetreten, nämlich, daß eine zu dichte Menschenmenge ihn daran gehindert habe, sein Opfer zu töten. Er habe Roosevelt töten wollen, weil er infolge einer Magenoperation an dauernden Schmerzen gelitten habe.

Nach einer Röntgendurchleuchtung wurde der Bürgermeister von Chikago, Zermak, operiert. Frau Gill, die Ehefrau des Präsidenten der Florida-Kraft- und Lichtgesellschaft, mußte gleichfalls operiert werden. Der Zustand der anderen verletzten Personen ist nicht ernst.

### Nadolny gegen den französischen Plan

**Genf.** Im Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz gab Botschafter Nadolny am Donnerstag eine Erklärung zu dem französischen Vorschlag auf **Vereinheitlichung der Heeressysteme ab und scharf mit dem französischen Plan abrechnete. Im Luftfahrtausschuß der Konferenz forderte Deutschland eine grundsätzliche Entscheidung der Frage der völligen Abschaffung der Heeresluftfahrt sowie des Verbots des Luftbombardements.**



**Der neue Präsident der BJZ.**

Der bisherige Stellvertretende Präsident der Tributbank — der Bank für Internationale Zahlungen —, Leon Fraser, wird als neuer Präsident dieser Bank genannt.

# Kriegspsychose in Paris!

Man wird es kaum begreifen können und doch ist es wahr, daß Frankreich einen neuen Krieg fürchtet, obgleich es nicht einmal sicher ist, wo diese Katastrophe zum Ausdruck kommt. Die verschärfte italienische Stimmung gegen Frankreich läßt die Pariser Staatsmänner befürchten, daß es zunächst auf dem Balkan losgehen wird. Italien will seinen Einfluß in Albanien fester verankern, was zu militärischen Auseinandersetzungen führen muß und Jugoslavien auf den Plan ruft, so daß Frankreich zum Eingreifen gezwungen wird. Auf welcher Front, auch das ist unklar, aber man lebt nun einmal in dieser Stimmung. Hinzu treten die Machtverhältnisse in Deutschland, nicht durch die Kanzlerschaft Hitlers, sondern aus der Revisionsforderung des deutschen Volkes und aller seiner Parteien überhaupt, wobei Hitler nur das beschleunigende Werkzeug sei. Ein Angriff auf Polen wird befürchtet, Frankreich muß dann seinem Freund im Osten zu Hilfe eilen, dabei versuchen, ihn im Osten von Rußland zu entlasten, darum auch die freundschaftlichen Werbungen Frankreichs in Moskau, denen zuletzt Herriot in einem seiner Artikel beredten Ausdruck verlieh. Eine Entlastungsoffensive auf der ganzen Linie ist notwendig, der Krieg im Anmarsch, das hat die französische Politik in Genf mit ihren Sicherheitsforderungen zuwege gebracht. Weite Kreise, die sonst in außenpolitischen Dingen keiner nervösen Ueberreizung verfallen, fangen an, in diese Kriegspsychose zu verfallen, ja sogar im Kreise der Sozialisten wird dieser Stimmung Rechnung getragen, das Kabinett Daladier muß immer und immer wieder den Abgeordneten versichern, daß man auf der Hut ist und der Kriegsminister Daladier, der auch sein Premier ist, wird gern mit dem Chef des französischen Generalstabs Weygand gesehen. Das ist die beste Sicherheit Frankreichs!

Kriegsstimmung, aber keine Begeisterung. Erzeugt im wesentlichen durch die Privatpolitik Herriots, der seine radikalen Freunde aus der Abhängigkeit der Sozialisten in das Lager der Rechten überführen will, weil Frankreich an allen Ecken und Enden bedroht ist, nur ein weitgehender Pakt mit Rußland, die alte französisch-russische Alliance kann Hilfe bringen und als Schreckgespenst hat man das Geheimabkommen zwischen Italien, Ungarn und Deutschland erfunden, die Dreifront gegen Frankreich ist geschaffen. Italien wird Konzessionen bezüglich Südtirol machen, dafür erhält es weite Teile in Savoyen und Konzessionen in Afrika, auf Kosten Frankreichs, Deutschland freie Hand im Osten u. den Anspruch auf Elsaß-Lothringen und Ungarn erhält freie Hand für die St. Stephanskrone und Oesterreich kann sich auch Siebenbürgen wiederholen. Man sieht, daß auch schon die Beute verteilt ist, obgleich noch nicht einmal ein Gewehrschuß abgegangen ist. Man wäre geneigt, diese politische Kombination ins Reich der Fabel zu verweisen, wenn die französisch-nationalistische Presse nicht voll von diesen Gerüchten wäre. Nur die Fehler im eigenen Lager will man nicht erkennen, daß an dieser überaus kritischen Lage der französische Widerstand in Genf schuld ist, der es ohne weitgehende Hegemonie in Europa nicht zu einer Abrüstungsklausels kommen lassen will. Die Lage in Europa ist sehr ernst, geschaffen durch den faschistischen Geist, der ein Rest des Weltkrieges ist, durch den jede Verständigungspolitik ausgeschaltet und die Gewalt als das Symbol der Nationen betrachtet wird. Sie ist Erzeugnis des Geistes, der in Versailles ein „Friedensdokument" geschaffen hat, welches zwar einer Reihe unterdrückter Völker die Freiheit brachte, aber durch die Knechtschaft der anderen jene Unzufriedenheit in Europa gesät hat, daß dieses zerrissene Europa nie zum Frieden kommen wird, wenn über Versailles nicht ein Strich gemacht wird. Dabei spielen die Grenzfragen die geringste Rolle, sondern der Wirtschaftsaufbau, ohne den es eine Rettung Europas nicht gibt.

In diesem Sinne sprach Mussolini in seiner Antwort an Frankreich, daß es die alleinige Schuld an den Zuständen in Europa trage, weil es eine Verständigung in Genf verhindert, da es zu keinen Konzessionen bereit ist, die seine Vorherrschaft in Europa einschränken. Die Sprache Mussolinis ist nicht das Kraftgefühl der italienischen Nation oder gar die Kriegsbereitschaft, es ist der faschistische Taumel, der die Unzufriedenheit der italienischen Bevölkerung beruhigen soll und diese Beruhigung nur erreicht werden kann, indem man auf außenpolitische Gefahren hinweist und zugleich die Not auf Albanien ablenken will, wo der Bevölkerungsüber-

schuß Italiens abgeleitet werden kann. Man weiß, daß man sich in Rom um amerikanische Hilfe bemüht und dies besonders unter Berufung auf Frankreich tut, welches als der Friedensstörer betrachtet wird, weil es ja selbst nicht einmal die Kriegsschulden an Amerika begleichen will, indem es erwartet, daß ihm dadurch Amerikas Hilfe im Kriegsfall sicher ist. Je weiter man den Faden spannt, um so mehr rückt die Kriegsgefahr in den Bereich der Möglichkeit, man muß mit allem Nachdruck unterstreichen, daß sich darin alle ausländischen Beobachter der Vorgänge in Paris dieser Ansicht anschließen, Frankreich fürchtet einen neuen Krieg.

Und die Kriegsgefahr ist im Rollen, der Völkerbund wird sie kaum verhindern, schon feuern die Kanonen in der Mandschurei von neuem, in Südamerika geht der Kampf zwischen Peru und Columbien munter fort, und die bürgerliche Staatskunst steht den Ereignissen machtlos gegenüber. Ja, wenn es gegen den Marxismus im eigenen Lande geht, in der „friedlichen Schweiz" nicht ausgeschlossen, da werden die Herren mächtig agressiv, und sie nehmen auch den Mund recht voll, aber ihre einzige Spekulation, auf Ueberwindung der Krise, das ist der Krieg, an den sie denken, noch aber in diplomatischer Gewandtheit nicht offen aussprechen, daß er die einzige Erlösung für den Kapitalismus ist. Frankreich, welches diese Auseinandersetzungen fürchtet, weil die Freunde nicht alle bei der Stange zu halten sind, spricht es offen aus. Und doch liegt der Schlüssel der Verständigung in Paris, nur will man nicht zu ihm greifen, die Machtposition aufgeben. Es glaubt fest an den neuen Dreibund, Italien-Ungarn-Deutschland, trotzdem sowohl in Berlin, als auch in Rom, energisch dieses Gerücht dementiert wird. Aber es fehlt nicht an Sprengstoff, um dem französischen Spießer zu beweisen, daß die Gefahr eines Krieges droht, und die Nationalisten, mit Herriots Unterstützung, laufen gegen die demokratische Regierung Daladier Sturm, weil sie die Kriegsgefahr übersehe und nur deshalb, weil sie den Marxisten ausgeliefert ist, deren Führer, Leon Blum, Internationalist ist und diese Gefahr nicht sehen will. Ueber die Kriegspsychose hinweg, zu einer Rechtskoalition, das ist die Sehnsucht des französischen Spießers, dem jetzt der Bolschewik als der Freund von morgen bezeichnet wird, Hitler ist die Gefahr, der Bolschewismus die Rettung. Zu solchen Abstraktionen muß man kommen, wenn man der Kriegspsychose verfällt.

Frankreichs Sozialisten haben sei Kriegsende, als sie gegen Versailles in der Kammer stimmten, immer wieder betont, daß die Rettung Europas und damit Frankreichs, von der deutsch-französischen Verständigung abhängt, und dahin ging die Erfüllungspolitik der Sozialdemokratie. Aber Frankreichs militärische Reaktion hat diese Verständigung hintertrieben, wie es auch heute noch jede Verständigung in Genf über die Abrüstung verhindert. Um für die eigenen Fehler eine Rechtfertigung zu haben, malt es die Kriegsgefahr, leistet so unbewußt der reaktionären Rechten Vorschub, und Europa kommt dadurch nicht zum Frieden. An dieser Kriegspsychose in Frankreich ist der Nationalismus im übrigen Europa groß geworden, ohne die Nadelstichpolitik in Paris gebe es heute keinen Reichskanzler Hitler in Berlin, ohne Nationalismus wäre auch der Faschismus nicht groß geworden. Italien ist in Paris durch den Versailler Vertrag betrogen worden, es hat den nationalen Egoismus hochgezogen, und seine Frucht ist der Faschismus und sein würdiger Künder Mussolini. Zu glauben, daß diese Kriegspsychose so einfach zu bannen sein wird, ist mindestens übertrieben, aber die Schuldigen sitzen in Paris, sie leben im Schatten der Gewalt, die sie durch Versailles verankert haben und von ihr nicht loskommen können. Die Gewalt als Mittel der Politik schlägt ihre Schöpfer, und Frankreich lebt unter diesem Alpdruck von Versailles, der ihm als Kriegsgespenst ewige Sorgen bereiten wird. Nur die Verständigung mit Deutschland, kann auch die Beruhigung mit Italien bringen, aber dazu sind die nächsten Wochen unter der faschistischen Welle in Deutschland am wenigsten geeignet.

—ll.

## China wird ein japanisches Ultimatum nicht annehmen

**Der Kampf um Dschehol unvermeidlich.**

**Schanghai.** Der chinesische stellvertretende Ministerpräsident Sun erklärte, daß die chinesischen amtlichen Stellen bis jetzt kein japanisches Ultimatum erhalten hätten. Wenn ein solches Ultimatum eintreffen sollte, so werde die chinesische Regierung es nicht annehmen. Der Kampf um Dschehol sei nicht mehr zu vermeiden. Die chinesische Regierung sei sich der Verantwortung bewußt. Der Kampf um die Provinz Dschehol werde ein Heldenkampf der chinesischen Armee werden.

# Krawall im polnischen Generalkonsulat in Paris

**6 Beamte verletzt — 50 Verhaftungen**

**Paris.** Im polnischen Generalkonsulat in Paris kam es am Donnerstag zu einem ernsten Zwischenfall, bei dem 6 Konsulatsbeamte durch Messerstiche schwer verletzt wurden. Eine Gruppe von 60 polnischen Arbeitslosen hatte an einer Kundgebung der Internationalen „Roten Hilfe" teilgenommen und sich dann zum Konsulat begeben. Um die Aufmerksamkeit des wachthabenden Polizeibeamten nicht zu erwecken, betraten sie einzeln das Konsulatgebäude und versammelten sich erst in der Vorhalle. Auf ihre Vorstellung hin erklärte sich der Konsul bereit, eine Abordnung von 6 Mitgliedern zu empfangen. Kaum hatten diese das Arbeitszimmer des Konsuls betreten, als die in der Vorhalle wartenden Arbeitslosen die Tür zertrümmerten, um zu ihren Kollegen vorzudringen. Das Personal des Konsulats versuchte, die Eindringlinge aufzuhalten, wobei 6 Beamte durch Messerstiche verletzt wurden. Der Konsul selbst erhielt nur unwesentliche Verletzungen durch Glassplitter. Erst ein starkes Polizeiaufgebot konnte dem Angriff ein Ende machen und nahm 50 Verhaftungen vor.

# Steuerstreik in Frankreich?

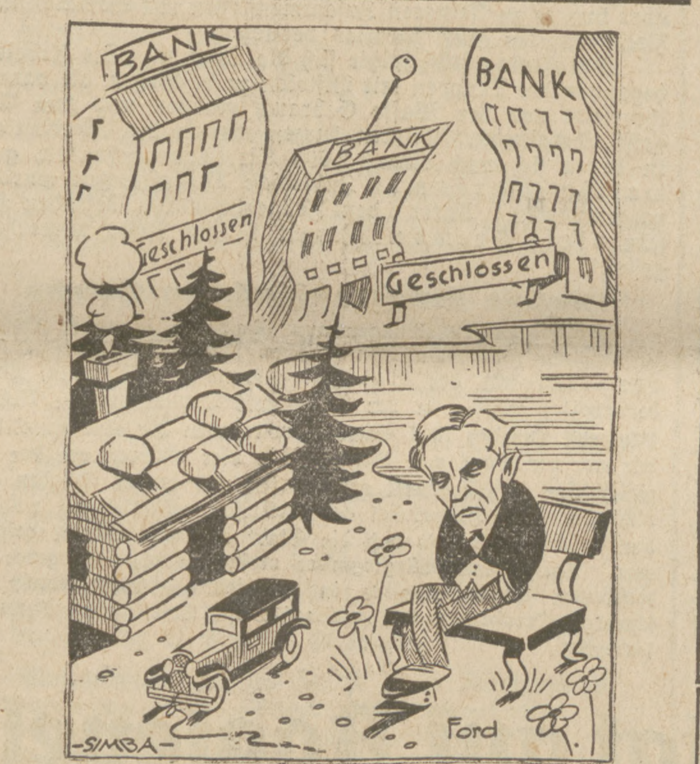
**Protest gegen die Finanzsanierung — Alle Geschäfte geschlossen — Verschärftes Polizeiaufgebot**

**Paris.** Die Parole zum Proteststreik, die vom Ausschuß für wirtschaftliche Gesundung an den französischen Handel und die Industrie ergangen war, ist in Paris und in der Provinz sehr stark befolgt worden. Die französische Hauptstadt machte am Donnerstag nachmittag einen sonntäglichen Eindruck. Fast alle Geschäfte hatten um 12 Uhr mittags geschlossen und Aufrufe in den Schaufenstern angebracht, in denen gegen die neuen Steuermaßnahmen protestiert wird und durchgreifende Sparmaßnahmen und Steuergleichheit gefordert werden. Ein großer Teil der Kaffeehäuser und Lebensmittelgeschäfte hatte ebenfalls geschlossen. Um Zwischenfällen vorzubeugen, war verstärkter Polizeidienst angeordnet worden.

## Explosion eines Pulvermagazins

**40 Tote und Verwundete.**

**Pekins.** Nach Meldungen aus der Provinz Dschehol flog in Lunhua, in der Nähe der Hauptstadt der Provinz, ein Pulvermagazin in die Luft. Die Zahl der getöteten und verwundeten Soldaten beträgt 40. Man behauptet, daß es sich um einen Anschlag mandschurischer Anhänger handele.




**„Kennst du das kleine Haus am Michigan-See?"**

Durch die finanziellen Schwierigkeiten der Ford-Werke im Staate Michigan mußten sämtliche Banken geschlossen werden, weil sie nicht mehr imstande sind, die Einleger zu befriedigen.

## Vorwärts-Verbot aufgehoben!

**Berlin.** Das vor etwa 14 Tagen ergangene dreitägige Verbot des „Vorwärts" wurde am Donnerstag vormittag auf die Beschwerde des „Vorwärts" durch das Reichsgericht aufgehoben. Eine Begründung der Aufhebung steht noch aus.

Wie der „Vorwärts" mitteilt, wird das von seiten des „Vorwärts" bereits eingeleitete Schadenersatzverfahren gegen das Reich nunmehr durchgeführt werden.

Rechtlich ist der Beschluß des Reichsgerichts vor allem insofern bedeutsam, als dadurch das neue Verbot nicht als zweites Verbot zu werten ist. Bekanntlich kann eine Zeitung nach der Verordnung vom 4. Februar 1933 bis zu sechs Monaten verboten werden, wenn zwei Verbote innerhalb von drei Monaten vorausgegangen sind.

Die Aufhebung dieses Verbotes hat auch für alle übrigen sozialdemokratischen Zeitungen, die seinerzeit aus dem gleichen Grunde verboten wurden, große Bedeutung.

## Kampf auf Tod und Leben

Der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Genosse Leipart, beschäftigte sich in einem Vortrag, den er in der Hochschule für Politik über die Stellung der Gewerkschaften in Staat und Wirtschaft hielt, auch mit der gegenwärtigen politischen Lage. Er führte dabei u. a. aus:

„Es liegt die Gefahr sehr nahe, daß die besonnene Eingliederung der Arbeiter in den Staat wieder völlig zerstört wird. Die jüngsten offiziellen Reden im Rundfunk und im Sportpalast lassen kaum noch Zweifel daran, daß die Kräfte, denen heute die Macht im Staate ausgeliefert ist, diese Absicht verfolgen. Diese Reden können nicht anders als eine Kampfansage an die organisierte Arbeiterschaft aufgefaßt werden.

Es zwingt mich die Verantwortung vor der Zukunft, zu sagen, daß dieser angedrohte Kampf, wenn er mit Gewaltmaßnahmen eingeleitet wird, nicht ohne allerschwersten Schaden vom deutschen Volk wird ertragen werden können. Es würde bei dem Freiheitswillen und der Entschlossenheit der deutschen Arbeiterschaft ein Kampf auf Tod und Leben werden, dessen furchtbare Folgen die jetzigen Machthaber im voraus abschrecken müßten."

## Saarrevier lehnt Papen ab

**Saarbrücken.** Papen hat am Dienstag in Saarbrücken einen deutlichen Beweis erhalten, wie die Bevölkerung des Saargebietes über die Hitlerregierung und den Papenkurs urteilt.

Auf seinem Weg nach Neukirchen war der Vizekanzler im Regierungsgebäude von Saarbrücken abgestiegen. Hierher hatte er auch die Vertreter der deutschen Presse zu einem Empfang gebeten. Die Vertreter der Zentrumspresse, der sozialdemokratischen, kommunistischen und demokratischen Blätter hatten es jedoch abgelehnt, dem Wunsche des Vizekanzlers zu entsprechen. Die Redaktionen der Zeitungen der Zentrumspartei schickten einen Brief an das saarländische Regierungsmitglied, daß sich angesichts der Behandlung der Zentrumspartei durch Herrn von Papen nicht imstande seien, an der Pressebesprechung teilzunehmen.

Zentrum, Sozialdemokraten, KPD. und Staatspartei bedeuten fünf Sechstel der Bevölkerung des Saargebietes. Die Demonstration gegen Papen findet bei ihr ungeteilten Beifall.

# Vampyre

Roman von Bert Oehlmann

9)

Agnes Fischer war außer sich vor Freude. Wieder und immer wieder umarmte sie in ihrer Ahnungslosigkeit die hilfsbereite und uneigennützige Frau, die sich so für sie einsetzte.

Wie Frau Spalding erzählte, hatte die Stellungsvermittlerin, die ihre Freundin war, die Photographie sogleich an die Herrschaft weitergegeben.

„Mutterchen! Ich weiß nicht, wie ich das je wieder gut machen kann!"

Aber davon wollte die Matrone nichts wissen. Es wäre doch noch schöner, wenn man so 'nem fleißigen, ehrlichen Mädchen nicht vorwärts helfen würde, meinte sie, und was derlei Reden mehr waren. Vor allen Dingen drängte sie, Agnes solle sich zu einem Besuch bei der Stellenvermittlerin fertig machen. Sowas dürfe nie auf die lange Bank geschoben werden.

„Inzwischen hab' ich auch schon erfahren, an was die Tochter von der Herrschaft leidet", sagte sie geheimnisvoll, als sie auf dem Wege zur Straßenbahn waren, die sie nach Hamburg hinüberbringen sollte, denn Frau Spaldings Wohnung lag ja in Altona. „Das arme Mädchen hat vor 'ner langen Zeit große Aufregung gehabt. 'n Schiffs- oder 'n Eisenbahnunglück. Dabei hat sich ihr Geist umnachtet. Aber es soll heilbar sein. Wie schrecklich für so 'n junges Ding, nich?"

Agnes mitleidiges Herz quoll sogleich über vor tiefer Teilnahme, aber sie kam nicht dazu, einige Fragen, die sich auf ihre Lippen drängten, auszusprechen, weil just die Straßenbahn an der Haltestelle bremste.

„Früher hat sie mal 'ne gute Freundin gehabt, die Kranke," plauderte Frau Spalding leise weiter, als sie die Reeperbahn hinauffuhren, „und nun bildet sie sich ein, diese Freundin selbst zu sein. Ja, und dann ist noch so 'n bißchen Verfolgungswahn dabei, verstehen Sie?"

Nein, das verstand Agnes Fischer nicht so recht. Wohl hatte sie schon darüber gehört, aber sie war doch nicht ganz im Bilde. Frau Spalding klärte sie bereitwillig auf.

„Die an Verfolgungswahn leiden", meinte sie, „das sind solche Menschen, die in jedem 'nen Feind sehen, der ihnen was anhaben will. Das kann manchmal so schlimm werden, daß die Unglücklichen nicht mal ihre eigenen Angehörigen erkennen und auch sie für böse Verfolger halten."

„Wie entsetzlich!" murmelte Agnes.

„Ja, es ist furchtbar. Ich habe auch schon mal darüber gelesen. Aber so was ist heilbar. Und was das Fräulein Irmgard anbelangt — so heißt die Tochter der reichen Leute! —, die kennt auch ihren eigenen Onkel nicht mehr und hält ihn für 'nen Verbrecher, der sie entführt hat. Der arme Mann ist natürlich ganz untröstlich und hat schon mit 'ner ganzen Anzahl Irrenärzte gesprochen."

„Und die wissen auch keinen Rat?"

„Doch, die schon. Die haben ihm eben geraten, das junge Mädchen in 'ne ganz andere Umgebung und in 'n ganz anderes Klima zu bringen. Was das is' Klima, wissen Sie doch schon?"

„Aber natürlich, Mutterchen!"

„Na, dann ist's ja gut. Also in 'n anderes Klima soll sie. Zu Verwandten, die in der Türkei wohnen und dort 'ne mächtige Teppichweberei besitzen. Sollen furchtbar vermögende Leute sein. Natürlich kann sie nicht allein reisen und auch dort nicht so ganz allein sein und muß 'ne gleichaltrige Gesellschafterin haben."

Es war ein lauernder Blick, mit dem Frau Spalding Agnes streifte.

Das junge Mädchen saß mit fieberheißem Gesicht neben ihr.

„Nach der Türkei?" flüsterte es. „So weit!?"

„Weit?" Frau Spalding lachte. „Drei Tage mit 'nem Schnellzug, das is alles. Aber für hundertfünfzig Mark im Monat und alles frei — — !"

Agnes glaubte nicht recht zu hören.

„Ja ja, Kindchen, hundertfünfzig Mark Lohn. Jeder zahlt das nich, 's müssen schon reiche Leute sein, denen an 'nem anständigen Mädchen was liegt!"

Agnes saß wie erstarrt. Der Lohn war für ihre Begriffe ungeheuer. Der Lehrer, bei dem sie in Nordschleswig Kindermädchen gewesen war, hatte ihr neben freier Station fünfzehn Mark gezahlt und dabei immer noch getan, als ob das viel zu viel sei. Der Unterschied war zu gewaltig.

„Nun kann aber immer noch sein," dämpfte Frau Spalding, schlau genug, des jungen Mädchens freudige Aufwallung, „daß die Herrschaft schon 'ne andere Kraft angenommen hat. Das werden wir nun wohl von meiner Freundin endgültig erfahren. Das heißt, hoffen will ich's ja nicht!"

Sie stiegen am Möllnertor um und nahmen eine Bahn, die die Glacis-Chaussee hinauffuhr, vorbei am Hochseepanorama und am Heiligengeistfeld, wo sich die Kinder beim Schlittschuhlaufen vergnügten. Am Sievekingplatz stiegen sie wieder aus und legten den Rest des Weges, das wuchtige Justizgebäude links lassend, über den Holstenplatz zu Fuß zurück.

In Agnes Hirn kreisten stürmisch die Gedanken. Hatte sie der Bescheid, die Reise ginge nach der Türkei zuerst tief erschreckt, so fühlte sie nun doch das brennende Verlangen, die Stellung zu erhalten.

Ausschlaggebend für diesen Wunsch war nicht allein der außergewöhnlich hohe Lohn, sondern auch das Gefühl, ein unglückliches Menschenkind pflegen und vielleicht wieder gesund machen zu dürfen.

Der Gedanke, die Herrschaft könne inzwischen eine andere Gesellschafterin für die arme Kranke gefunden haben, wuchs in ihr zu einem drohenden Gespenst empor, je mehr sie sich dem kleinen Gäßchen näherte, wo die Stellenvermittlerin wohnte.

(Fortsetzung folgt.)

# Polnisch-Schlesien

## „Geniale Köpfe“

Uns überschleicht immer ein sonderbares Gefühl, wenn wir von neuen „Reformen“ hören. Das ist darauf zurückzuführen, daß man uns jedesmal die Kosten überläßt und diese Kosten sind nicht von der Hand zu weisen. Da haben wir z. B. die polnische Staatsklassenlotterie, die von einer Reform in die andere fällt, aber wir haben nicht gehört, daß die Reformen den Lotteriespielern mehr Glück gebracht hätten. Jedes Jahr setzt man den Spielern etwas Neues vor und macht ihnen die Sache mundgerecht. Man kann bei jeder Ziehung über Nacht ein reicher Kerl werden, aber es hat den Anschein, daß die „Glückspilze“ nicht unter uns leben, denn wir haben noch niemanden gesehen, der diese „Millionen“, von welchen bei einer jeden Ziehung die Rede ist, gewonnen hat. Im Sommer wird man nach der neuen „Reform“ sogar 2 Millionen Zloty auf einen Schlag gewinnen können — so verkündet Herr Markus, der Lotteriegewaltige. Natürlich freuen wir uns darauf und werden auch ein bißchen „Glück“ bei Kaftal kaufen. Die Lotteriespieler warteten, daß vielleicht doch einmal die Reform kommt, daß den Lotteriestellen ihre hohen Einnahmen ein wenig abgebaut werden. Sie bekommen 20 Prozent und die andern 30 Prozent nimmt die Staatskasse als Gewinn ein, der jedesmal ganz sicher ist.

Doch das nebenbei, denn es braucht niemand Lotterie spielen, wenn er seine paar Groschen nicht los werden will. Es ist wohl eine „patriotische Tat“, ein Lotterielos zu kaufen, aber keine Pflicht und am besten kommt der weg, der das Geld, was ein Lotterielos kostet, erspart.

Die „Reformen“ auf den anderen Gebieten sind viel gefährlicher, weil dort ununterbrochen experimentiert wird und die Kosten hat das Volk zu tragen. Wir meinen hier die Schulbücher. Was auf diesem Gebiete schon alles geleistet wurde, ist nicht mehr schön. Alle paar Monate kommen neue Schulbücher heraus, die einzigst die richtigen sind. Was die Volksschule anbelangt so ignorieren meistens die Arbeiter diese neuen Anordnungen und kaufen den Kindern überhaupt keine Schulbücher. Sie können eben keine kaufen, weil sie kein Geld haben. Sie kaufen den Kindern kein Schreibmaterial, wie Hefte, Tinte und Feder. Viele Proletarierkinder schreiben auf Fetzen Papier, wenn sie von der Schulverwaltung kein Schreibmaterial bekommen. Natürlich leidet darunter der Schulunterricht, weil die Kinder im Schulunterricht zurückbleiben. Die Schulbehörden sollten für das Material Sorge tragen.

Schlimmer sieht die Sache in den Mittelschulen und den Fachschulen aus, denn hier wird ganz einfach den Kindern befohlen, neue Bücher zu kaufen und mitzubringen. Dem Lehrer ist es gleichgültig, von wo die Eltern das Geld hernehmen, die Hauptsache ist es, daß der Schüler mit dem neuen Schulbuch in der Schule erscheint. Die Schulen produzieren sowieso arbeitslose Jugend, denn es liegt klar auf der Hand, daß kein einziger Jüngling, der das Gymnasium, eine Handelsschule bezw. die technische Schule beendet, irgendwo unterkommt. Davon ist keine Rede, überhaupt wenn berücksichtigt wird, daß erfahrene Techniker und selbst Ingenieure auf die Straße geworfen werden und nirgends Arbeit erhalten. Wer wird unter solchen Umständen einen jungen Mann anstellen ohne Praxis und Lebenserfahrung, die doch bei einer jeden Betätigung von Bedeutung ist.

Mit dieser Tatsache braucht ein ministerieller Referent nicht zu rechnen. Er steckt sich in den Kopf, daß in der Schule zweimal, manchmal sogar dreimal ein neues Buch gekauft werden muß und die Schulleiter bekommen die Aufforderung, von den Schülern die Beschaffung neuer Bücher zu verlangen. Wie verlautet, sollen demnächst ganz neue Schulbücher in allen Mittelschulen und Fachschulen eingeführt werden. Die „alten“ Schulbücher, die erst am 1. September v. Js. neu eingeführt wurden, kommen alle auf den Misthaufen. Sie taugen nichts mehr, weil die neuen viel besser sein sollen. Wer ein Interesse an den neuen Büchern hat, weiß man nicht, die Eltern jedenfalls nicht, denn die haben beschlossen, zu streiken und ihren Kindern keine neuen Bücher zu kaufen. Das ist recht so, denn es ist direkt unverantwortlich, in der schweren Zeit zu verlangen, daß fortgesetzt neue Bücher, die sehr teuer sind, angeschafft werden müssen. Die Welt hat sich wohl ein wenig verändert, aber die Kühe sind und bleiben eben Kühe und die Esel bleiben auch nur Esel. Die neuen Bücher werden aus ihnen keine Wölfe machen können, das ist einmal sicher, aber sie machen die armen Menschen nur noch ärmer.

## Die Sanacjagewerkschaften beklagen sich, daß man sie übergehen will

In Arbeiterkreisen spricht man sehr viel von einer einheitlichen Arbeiterfront im Lohnkampfe in der Bergbauindustrie. Alle Gewerkschaftsrichtungen sollen sich zu der Einheitsfront entschließen und den Abwehrkampf gemeinsam durchführen. Dieser Wunsch wurde in der Betriebsrätekonferenz klar ausgedrückt und so viel wir informiert sind, haben auch die einzelnen Gewerkschaftsrichtungen zu dieser Frage Stellung genommen und sich grundsätzlich dafür ausgesprochen.

U. a. haben sich auch die Sanacjagewerkschaften mit dieser Frage befaßt und sind sowohl an die Arbeitsgemeinschaft, als auch an den polnischen Klassenkampfverband mit konkreten Vorschlägen herangetreten. Die Sanacjagewerkschaften haben ein langes Schreiben an die genannten Verbände gerichtet, in welchem sie von einer gemeinsamen Taktik sprechen und eine gemeinsame Konferenz vorschlagen. Das Schreiben ist vernünftig abgefaßt und von Fesser, Kapuscinski und Derejczyk gezeichnet. Während der polnische Klassenkampfverband das Schreiben beantwortet hat und die Vorschläge der Sanacjagewerkschaften als Verhandlungsbasis bezeichnet, ließ die Arbeitsgemeinschaft die Sanacjavorschläge unbeantwortet. Die heutige „Polska Zachodnia“, bringt den Briefwechsel der Sanacjagewerkschaften und des Centralny Zwionzek Gornikow zur Veröffentlichung und führt eine Klage gegen die Arbeitsgemeinschaft, die der Sache kein Interesse entgegenbringt. Zum Schluß kündigt die Sanacja die Einberufung eines eigenen Betriebsrätekongresses für den Sonntag an. Das wird damit begründet, daß die Zeit drängt und mit der Stellungnahme zum Lohnkampf nicht länger gewartet werden kann.

# Agitation oder Arbeitslosenhilfe?

### Aus den Beratungen des Schlesischen Sejms — Wird die Regierung den Antrag des Regierungsklubs berücksichtigen? — Gegen die Schließung der „Friedensgrube“ — Wird die Regierung bei der Knappschaft eingreifen?

Trotz einer umfangreichen Tagesordnung schien die 28. Sitzung des Schlesischen Sejms ohne sonderliches Interesse, wenn nicht der Sanacjaklub einen Antrag gestellt hätte, der so etwas wie die Sorge um die Arbeitslosen beweisen soll, indem man vom Wojewoden und der Regierung fordert, daß sie alle Schritte unternehme, um Mittel und Fonds zu schaffen, damit öffentliche Arbeiten im größeren Umfange durchgeführt werden, um so der Arbeitslosigkeit zu steuern. Seitens der sozialistischen Fraktion ist dieser Antrag als nutzlose Agitation, die keinerlei Erfolge zeitigen wird, hingestellt worden, wie so mancher Antrag, der aus dem Regierungslager für die Regierung bestimmt war. Man wäre geneigt, den Antrag als gegen den Wojewoden gerichtet, zu betrachten, denn das Regierungslager gibt damit zum Ausdruck, daß nach seiner Meinung der Wojewode doch noch nicht alle erforderlichen Schritte getan hat, wenn er zu diesen öffentlichen Arbeiten gerade aus seiner Umgebung aufgefordert werden muß. Wäre nicht Herr Witczak, der es nicht lassen kann, boshaft andere Abgeordnete anzugreifen, so wäre diese Sitzung ohne jeden Zwischenfall verlaufen, so mußte Witczak doch einen Ordnungsruf einstecken, der noch obendrein mit aller Schärfe vom Marschall ausgesprochen wurde. Die übrigen Punkte wurden ohne besondere Erregung debattiert, man kann aber neugierig sein, was der Wojewode hinsichtlich der Einstellung der Friedensgrube und der Einstellung der Rentenzahlungen an bestimmte Rentner in der Knappschaft unternehmen wird.

Kurz vor 3½ Uhr eröffnete der Marschall mit den üblichen Formalitäten die Sitzung und erteilte dem Abg. Dr. **Glücksmann** das Wort, der, namens der Rechts- und Budgetkommission, den Bericht über das Projekt der Festsetzung der Dienstjahre und Anrechnung auf die Pensionsberechtigung der Beamten und Angestellten des Schlesischen Sejms erstattete, worauf das Gesetz in dritter Lesung ohne Debatte angenommen wurde. Abg. **Kapuscinski** berichtet dann über den Antrag seines Klubs, der vom Wojewoden und der Regierung die Beschaffung von Mitteln fordert, mit welchen die öffentlichen Arbeiten größeren Umfangs aufgenommen werden sollen, um zur Linderung der Arbeitslosigkeit beizutragen. Im Verlauf seines Referats betont Abg. Kapuscinski, daß dieser Antrag insofern von Interesse war, als die Regierung bereits entsprechende Projekte vorbereite. Abg. **Machej** stellt namens des sozialistischen Klubs fest, daß man für diesen Antrag stimmen werde, wenn man auch seinen agitatorischen Charakter nicht verkennen darf. Praktische Hilfe ist von diesem Antrag nicht zu erwarten, denn wenn die Mittel da wären, hätte sie der Wojewode auch längst angewendet. Gerade im Budget erweise es sich, daß für öffentliche Arbeiten die Mittel immer gesenkt werden. Aber entschiedenen Protest müsse man dagegen einlegen, wenn man für öffentliche Arbeiten auch noch den Fonds für die Aermsten angreifen will, der unangetastet bleiben muß. Der Wojewode hat doch anläßlich der Budgetbegründung selbst zugegeben, daß es um uns schlecht bestellt sei und noch schlechter werden wird. Wenn wir für den Antrag stimmen, so wissen wir genau, daß er ohne Erfolg bleibt, wieviele Anträge, die der Sanacjaklub im Sejm bereits eingebracht hat und den Arbeitslosen wird damit am wenigsten geholfen. Besonders scharf wendet sich Redner gegen die Einführung der zwangsweisen Arbeitsdienstpflicht, die nur zu politischen Zwecken mißbraucht werde. Was will man mit den öffentlichen Arbeiten schaffen, wenn es hier der Hilfe für 150 000 Arbeitslose bedarf. Man wird auch vergeblich auf Warschau warten, das selbst im Budget Defizite zu decken hat. Abg. **Pruß** wendet sich gegen die Vorlage, die nur ein Erzeugnis der Sanacjanot sei und beweist an Beispielen, wie man in diesem Lager wirtschaftet. Hilfe werde nicht durch diesen Antrag kommen, aber sein Klub werde, um der Sache willen, für den Antrag stimmen. Abg. Kapuscinski polemisiert dann gegen die Ausführungen der Abg. Machej und Pruß, worauf ihm Abg. Dr. Glücksmann eine gebührende Antwort erteilt und feststellt, daß man gerade für die öffentlichen Arbeiten jetzt nur 5 Millionen ins Budget einsetzt, nachdem dieser Betrag vor einigen Jahren auf 14 Millionen gelaufen ist und nun will man den Arbeitslosen durch besondere Hilfsmaßnahmen aus diesem Fonds helfen. Der Antrag wird daraufhin angenommen.

Gegen die Einführung des Antialkoholgesetzes wendet sich ein Antrag der Oppositionsklubs, weil dadurch die Rechte des Schlesischen Sejms bezw. die Autonomie angetastet werden, den der Abg. Kempka begründet. Gegen diese Resolution wendet sich der Abg. Dombrowski und verlangt seine Zurückverweisung in die Kommission, die eine Reihe von Streitzügen klären soll. Der Antrag der Opposition wird angenommen, der Antrag des Sanacjaklubs wird abgelehnt. Als Abg. Dombrowski die Opposition angreift, warum ihre Abgeordneten in Warschau nichts dazu beigetragen haben, daß die Rechte Schlesiens gewahrt werden, erklärt Abg. Roguszak, daß auf seine Anfrage hin, der Minister versichert habe, daß das Antialkoholgesetz in Schlesien keine Wirksamkeit haben werde, worauf Abg. Witczak beleidigende Zurufe macht und dafür vom Marschall zur Ordnung gerufen wird.

Der Wojewodschaftsrat brachte eine Gesetzesvorlage ein, die die Schaffung einer Weidegenossenschaft mit einem Fonds von 2 Millionen vorsieht. Abg. Machej erklärt hierzu, daß es die erste Vorlage sei, die ohne jede Begründung dem Sejm vorgelegt werde und macht eine Reihe von Bemerkungen, die das Projekt betreffen, da in der kommenden Weidegenossenschaft nur die Rechte des Wojewoden unterstrichen werden, nicht aber der Schutz der Weidegenossenschaftler. Da die Sozialisten im Wojewodschaftsrat keinen Vertreter haben, müssen sie sich auch gegenüber dieser Vorlage kritische Einwendungen gestalten. Der Antrag wird dann der Agrar- und Rechtskommission überwiesen.

Ueber Aufwaldung und Waldschutz referiert namens der Agrarkommission der Abg. **Brelinski** über ein Projekt, welches durch Dekret des Staatspräsidenten angeregt wurde, aber schließlich zu einer besonderen schlesischen Vorlage führte. Zu diesem Projekt bringt sowohl der deutsche Klub, als auch der Abg. Machej Verbesserungsanträge ein, die indessen durch die Sanatoren und den Korfantyklub abgelehnt werden, die Vorlage selbst in der zweiten und dritten Lesung angenommen. Die Sozialisten fordern die Verbesserung, Herabsetzung der Strafen für Waldvergehen und Schutz der Anlieger bei Aufwaldungen.

Das Wojwodschaftsprojekt betreffend Waffen- und Munitionsverbrauch und Verkauf, sowie die Verwendung von Sprengstoffen wird im Sinne der Rechtskommission angenommen, die nach einem Referat des Abg. Kocur, eine Vereinheitlichung der Gesetzgebung der Wojewodschaft mit der allgemeinen Gesetzgebung anstrebt.

Ueber das neue polnische Gesetz betreffend die Aktiengesellschaften, referiert namens der Rechtskommission der Abg. Dr. **Dombrowski**, der mit verschiedenen Abänderungen die Annahme des Gesetzes empfiehlt, was auch in zweiter und dritter Lesung erfolgt.

Damit war die Tagesordnung erschöpft, worauf ein Dringlichkeitsantrag des deutschen Klubs meritorisch behandelt wird, der den Wojewoden auffordert alle Schritte zu unternehmen, um die Einstellung der Friedensgrube bei Nowy-Bytom zu verhindern, dadurch nicht nur die Arbeitslosenzahl um 1700 vergrößert wird, sondern auch große Gefahren für den Bestand der Kommune Nowy-Bytom bestehen, die bei 16 000 Einwohnern ohnehin schon 3770 Arbeitslose hat. Die Friedensgrube ist durchaus rentabel, aber sie muß auf Forderung der Kohlenkonvention eingestellt werden, um die Produktion einzuschränken, damit die Kohlenpreise auf „angemessener“ Höhe erhalten bleiben. Der Antrag wird dem Wojewoden überwiesen.

Ein weiterer Antrag des Korfantyklubs fragt den Wojewoden an, was er zu tun gedenke, um zu verhindern, daß durch die Einstellng der Rentenzahlung bei der Knappschaft eine Reihe von Rentnern am 1. März Gefahr läuft, ohne jegliche Mittel zu sein. Auch dieser Antrag wird angenommen.

Abg. Machej und Genossen bringen einen Antrag ein, der Schutz für die Kleinhäusler fordert, damit deren Besitz durch die Krise nicht dem Verlust ausgesetzt ist. Der Antrag kommt auf einer der nächsten Sitzung im Plenum zur Behandlung. Damit war die Sitzung gegen 7 Uhr abends beendet, die nächste Sitzung wird schriftlich einberufen.

## Die Auflösung der Generaldirektion der Fürstlich Plessischen Industriebetriebe

### Drei Kohlengruben bleiben in Betrieb.

Alle Angestellten in der Generaldirektion der Fürstlich Plessischen Verwaltung erhielten zum 1. März bezw. 1. April die Kündigung zugestellt. Die Kündigung steht im Zusammenhang mit der Auflösung der Generaldirektion. Ab 1. April bleibt nur noch die techn. Verwaltung der Fürstlich Plessischen Gruben. In Betrieb verbleiben nur noch 3 Gruben und zwar die Emmagrube, Boerschächte und Trautscholdiegengrube. Alle anderen Gruben werden stillgelegt.

## Offenhaltung der Friseurgeschäfte am kommenden Sonntag

Der Friseur- und Perückenmacherverband gibt zur Kenntnis, daß am kommenden Sonntag, den 19. Februar, in der Zeit von 8 bis 12 Uhr vormittags, sämtliche Friseurgeschäfte, innerhalb des Bereichs der Wojewodschaft Schlesien, für das Publikum offen gehalten werden können.

y.

# Kattowitz und Umgebung

### Arbeitslose verhindern Sprengung von Notschächten.

Am Donnerstag gelangte vor dem Landgericht Kattowitz eine interessante Strafsache zur Verhandlung. Zu verantworten hatten sich, wegen Widerstand und Zusammenrottung, drei Arbeitslose und drei Frauen, wohnhaft in Eintrachthütte, bezw. Kochlowitz. Anfang September v. Js. sollten dort eine Anzahl von Notschächten auf behördliche Anordnung gesprengt werden. Unter Anleitung eines Steigers wurde von mehreren Bergleuten die Sprengungsaktion eingeleitet. Hinzugezogen wurde noch ein Polizeibeamter, um den Sicherheitsdienst auszuüben. Auf dem Gelände der Notschächte fanden sich neben anderen Beschäftigungslosen, die dort nach Kohle buddelten, auch der Konrad Sprattek, Stanislaus Skrzypczek, Franz Rother, die Valeska Ogreczek, Emilie Sprattek und Gertrud Gasz ein. Diese sechs Personen sollen die anderen Arbeitslosen gegen den Steiger, den Polizisten und die nach dorthin abkommandierten Bergleute aufgestachelt haben, welche umringt, und an den weiteren Sprengungsarbeiten gehindert wurden. Die Arbeitslosen nahmen in ihrer Erbitterung eine so entschlossene Haltung ein, daß dem Sprengkommando nichts anderes übrig blieb, als unverrichteter Sache umzukehren. Einer der Arbeitslosen riß die glimmende Zündschnur samt der Sprengkapsel aus einem der Schächte heraus, dessen Sprengung erfolgen sollte. Auf Grund einer Strafanzeige hatten sich nun die vorgenannten Personen zu verantworten. Nach Vernehmung der Zeugen wurden die beklagten Männer und Frauen wegen Widerstand, Verhetzung und Zusammenrottung zu je 6 Monaten Gefängnis verurteilt, bei Zubilligung einer Bewährungsfrist, für die Zeit von zwei Jahren

y.

**Deutsches Theater.** Heute, abends 8 Uhr, spielt Vasa Prihoda, der weltberühmte Geiger im Kattowitzer Stadttheater. Was Prihoda mit Paganini vergleichen läßt, ist nicht allein sein unerreichtes Virtuosentum, sondern auch sein blutvolles künstlerisches Ausdrucksvermögen, das nicht nur verblüfft, sondern auch innerlich erhebt. — Die Abendkasse ist ab 6 Uhr geöffnet.

**Sonntagsdienst der Kassenärzte.** Von Sonnabend, den 18. Februar, nachmittags 2 Uhr, bis Sonntag, den 19. Februar, nachts 12 Uhr, versehen folgende Kassenärzte den Dienst. Dr Magiera, Plac Wolnosci 2, Dr. Zang, Wita Stwosza 3.

**Eichenau.** (Knappschaftsrentner erhalten billige Kohle.) Von seiten der Knappschaft die zum Sprengel Eichenau gehören, wird hiermit bekannt gegeben, daß Knappschaftsrentner, die die billigere Kohle erkaufen wollen, sich umgehendst beim Aeltesten der Knappschaft Emil Bendkowski zu melden haben. Jeder Reflektant, kann bis 3 Tonnen Kohle erwerben. Dem Antrag ist die Rentenzahlkarte vorzulegen und außerdem 10 Groschen für Schreibgebühren beizufügen. —ek.

# Königshütte und Umgebung

## Zwangsversteigerungen am laufenden Band.

Die bedrohliche Lage der Gewerbetreibenden und Kaufleute kommt in den vielen Gewerbeanmeldungen, Geschäftsschließungen und wiederholten Massenversteigerungen wohl am deutlichsten zum Ausdruck. Neben 50 Aufforderungen des Finanzamtes an verschiedene Personen ihre rückständigen Steuern zu entrichten waren am Donnerstag auf der schwarzen Tafel im Finanzamt 20 Versteigerungsaushänge bekanntgemacht. In den meisten Fällen bedeuten die Zwangsmaßnahmen nichts anderes, als den Ruin des Betroffenen Möbelstücke und zwar die besten, ganze Wohnungseinrichtungen, Lebens- und Bekleidungsmittel, Maschinen u. a. mehr kommen unter den Hammer. Versteigerungen sind die härtesten Maßnahmen, die eine Steuerbehörde gegenüber ihren Schuldnern anwendet. Die Frage, ob böser Wille vorliegt, muß verneint werden, weil es sicherlich niemand darauf ankommen lassen wird, wenn er über Geldmittel verfügen würde, sein Hab und Gut und für Spottgeld verkaufen zu lassen. Hieraus kann gefolgert werden, daß Handwerker und Kaufleute bei der allgemeinen schweren Lage nicht mehr imstande sind, die überhohen Steuerlasten auf sich zu nehmen. Das Gros der einheimischen, früher gutgestellten Handwerker und Gewerbetreibenden schmilzt immer mehr zusammen und muß eingewanderten Platz machen. Ein Beispiel dafür ist die ul. Koscielna, wo von den alteingesessenen Kaufleuten nur sehr wenige noch vorhanden sind und die Straße mit den vielen Kramläden einem Stück Bendzin ähnelt. Ungeachtet dessen, wird seitens der Steuerbehörde eine mildere Auffassung Platz greifen müssen, und den zahlreichen Einsprüchen gegen zu hohe Steuereinschätzungen stattgegeben werden, wenn nicht noch mehr Gewerbeabmeldungen und Geschäftsschließungen eintreten sollen. —k.

**Verlängerung der Nachtsteuer.** Der Magistrat beschloß in seiner Sitzung, die nach dem Statut eingeführte Steuer, betreffend der Erhebung von Zuschlägen in Lokalen und Hotels zugunsten der hiesigen Erwerbslosen, auch für das Rechnungsjahr 1933-34 im bisherigen Umfange zu erheben. Lokalitätenbesitzer, die sich einer freiwilligen Abgabe unterziehen, die dem Umsatz entsprechen muß,. werden von der Ausgabe der Pflichtbons an die Gäste befreit. k.

**Abholung von Ueberschüssen.** Die, bei den am 7. und 8. Februar stattgefundenen Versteigerungen erzielten Ueberschüsse der Pfänder bis Nr. 49 985 und der Wertpfänder bis Nr. 1531a, können gegen Angabe der Quittungen in der Kasse des Pfandleihinstituts an der ulica Bytomska 19 in Empfang genommen werden. k.

**Bestrafung von Schwarzhörern.** In letzter Zeit wurden unverhofft Kontrollen vorgenommen und dabei eine Anzahl von Schwarzhörern festgestellt. Erhebliche Strafgebühren mußten an die Postverwaltung gezahlt werden. Nach den neuen verschärften Bestimmungen wird Schwarzhörerei als Diebstahl angesehen und demnach auch bestraft. Dadurch wird hingewiesen, daß Radioapparate entweder umgehend bei der Postverwaltung anzumelden oder aber aus der Wohnung zu entfernen sind, wenn man nicht in den Verdacht des Schwarzhörens kommen will und obendrein noch bestraft zu werden. In Verbindung damit wird darauf hingewiesen, daß alle nicht in Benutzung stehenden Leitungen zu entfernen sind. k.

# Siemianowitz

## Die Mitgliederversammlung der DSAP Michalkowitz polizeilich aufgelöst!

Katowice, dnia 16. II. 1933 r.

**Urząd Wojewódzki Śląski, Wydział Bezp. Publ.**

W związku z notatką pt. „Die Mitgliederversammlung der DSAP. in Michalkowitz polizeilich aufgelöst", zamieszczoną w czasopiśmie „Volkswille" Nr. 25 z dnia 31. stycznia 1933 roku, Urząd Wojewódzki Śląski prosi na podstawie paragr. 11 ustawy prasowej z dnia 7. maja 1874 roku (Dz. Ust. Rzeszy str. 65) o umieszczenie następującego sprostowania w najbliższym numerze, w tym samym dziale druku oraz temsamem pismem, jakiem wydrukowano artykuł, który ulega sprostowaniu.

Sprostowanie.

W związku z treścią notatki pt. „Die Mitgliederversammlung der DSAP. in Michalkowitp polizeilich aufgelöst" zamieszczonej w „Volkswille" Nr. 25 z dnia 31. stycznia 1933 roku Urząd Wojewódzki Śląski stwierdza:

Nieprawdą jest, że Policja rozwiązując dnia 28 stycznia 1933 roku zgromadzenie niemieckiej partji socjalistycznej w Michałkowicach, działała na podstawie wyjątkowej interpretacji ustawy o zgromadzeniach. Prawdą natomiast jest, że Policja, rozwiązując to zgromadzenie, działała ściśle według postanowień ustawy o zgromadzeniach z dnia 11. marca 1932 roku, albowiem stwierdziwszy na podstawie art. 20 pkt. 2 przytoczonej ustawy, iż w zgromadzeniu biorą udział również osoby, które ani nie są znane osobiście przewodniczącemu zgromadzenia, ani też nie są członkami niemieckiej partji socjalistycznej, a temsamem, że zgromadzenie odnośne przekracza ramy zakreślone w art. 18 ustawy o zgromadzeniach, rozwiązała zgromadzenie zgodnie z postanowieniami art. 20 pkt. 2 powołanej ustawy.

Za Wojewode:
(Ryczkowski) Naczelnik Wydziału.

Wir wollen der Berichtigung des Urzond Wojewodzki zugute halten, daß die Ermittlungen der Michalkowitzer Polizei eben so lauten, wie mans haben will. Tatsache ist, daß jeder der Anwesenden eine Einladung hatte und diejenigen, die keine Legitimation hatten, eben erst der Partei beigetreten waren, so daß ihnen die Legitimationen erst später zugestellt werden konnten. Daß ein Vorsitzender nicht alle 80 bis 100 Personen persönlich mit Namen kennen kann, dürfte ja einer Behörde bekannt sein, aber gerade die, die der Vorsitzende nicht gekannt hat, haben Legitimationen besessen, während diejenigen, die Einladungen besaßen, alle dem Vorsitzenden bekannt waren und obendrein eine Anwesenheitsliste geführt wurde. Aber zur Aufklärung war es gegenüber der nervösen Polizei eben keine Zeit und da wir kein Interesse hatten, daß es zu Auseinandersetzungen in der Versammlung kommt, ist eben dem Auflösungsbefehl Rechnung getragen worden. Die Auflösung war nicht erforderlich, wenn man sich nach praktischen Gesichtspunkten gehalten hätte, denn ohne Auflösung brauchte bloß die Polizei diejenigen zum Verlassen des Lokals aufzufordern, die Nichtmitglieder oder Gäste waren. Aber man ging eben vor, weil dazu eine willkommene Gelegenheit vorhanden war und jetzt legt sich jeder das Vereinsgesetz aus, wie es ihm am besten paßt!

**Aus der Arbeitslosenküche.** Der Umsatz der Arbeitslosenküche steigert sich von Monat zu Monat. Im Januar wurden demnach in den beiden Verteilungsstellen 113 000 Portionen Essen ausgegeben, was einem Tagesdurchschnitt von 4500 Portionen entspricht. Die Kosten der Unterhaltung betragen rund 12 500 Zloty. o.

# Myslowitz

## Myslowitzer Magistratsbeschlüsse.

Die letzte Magistratssitzung beschloß unter anderem folgendes: Zunächst wurde dem Antrag des pädagogischen Kollegiums und des städt. Kuratoriums beigestimmt, 49 Schülerinnen des städtischen Mädchengymnasiums teilweise oder auch ganz, vom Schulgeld zu befreien. Zur Sicherheit der städtischen Gasanstalt wurde der Antrag auf Entrichtung eines Zaunes, der die technische Abteilung von dem Administrationsgebäude abschließen soll, angenommen. Wie früher, wurde beschlossen, auch diese Ferien zwei Praktikanten, von einer höheren Maschinenbauschule, unentgeltlich in den Betrieben der städtischen Gasanstalt praktizieren zu lassen. Zu dem, in Kürze beginnenden, Kursus für Zentralheizung, des Instituts für Handwerker und Industrie, wird jemand von der städtischen Gasanstalt ausgewählt werden, der an diesen Vorträgen teilnehmen wird. Ferner bewilligte man im städtischen Schlachthaus vorkommende Adoptionen durchzuführen. Außerdem wurden verschiedene Sachen, Steuer- und Administrationsangelegenheiten, durchgeführt und die genaue Aufstellung über die Schlachtgelder im städtischen Schlachthaus für Monat Dezember 1932 und Januar 1933 zur Kenntnis genommen. Zum Schluß wurde das Protokoll einer unangemeldeten Kassenrevision im städtischen Schlachthaus vorgelesen, das in bester Ordnung vorgefunden wurde. —ek.

**Der Magistrat an die Arbeitslosen.** Das kommunale Arbeitsvermittelungsamt in Myslowitz gibt bekannt, daß zu seinem Arbeitsgebiet auch die Ortschaften Slupna, Brzenskowitz und Birkental gehören. Die Arbeiter nach § 4 der Verordnung des Arbeitsministeriums verpflichtet, sich am hiesigen Amt zu melden und 1. wegen Arbeit, auch wenn sie nur vorübergehend ist, vorzusprechen, 2. den Tod eines Familienmitgliedes anzugeben, für das er Unterstützung empfangen hat. Wer diese Vorschriften nicht erfüllt oder wer falsche Angaben macht, wird zur Verantwortung gezogen. —ek.

**Schoppinitz.** (Schwerer Sturz infolge Glätte.) Gestern abends stürzte der 50jährige Arbeiter K. in Schoppinitz auf einer von den Kindern verursachten Kascheln in der Nähe des Bahnhofes so unglücklich, daß es sich den Arm brach. Der Verunglückte mußte sich sofort in ärztliche Hilfe begeben. Trotzdem immer wieder darauf hingewiesen wird, die Bürgersteige von Eis zu befreien und auch genügend zu bestreuen, wird leider zu wenig Wert darauf gelegt. —ek.

# Schwientochlowitz u. Umgebung

## Ergänzungswahl für die Schulkommission in Lipine.

Laut Verfügung der Schlesischen Wojewodschaft vom 17. Januar 1933 — O. P. II-29 — findet am 21. Februar 1933, nachmittags 14 Uhr, (2 Uhr nachmittags), im Zimmer 16 der Schule 2. die Ergänzungswahl für das ausgeschiedene Schulkommissionsmitglied, Dombrowski, statt. Die diesbezüglichen Bekanntmachungen hängen nur im Gemeindegebäude und an der Kanzleitür im Gebäude der polnischen Schule 1 aus, wo der administrative Leiter Lowinski sein Amtszimmer hat. Die Klassenräume der Minderheitsschule Lipiny sind jedoch im Gebäude der Schule 2 untergebracht. Dort hängt keine Bekanntmachung. Die Erziehungsberechtigten suchen die Schule 1 nur selten auf. Außerdem ist der Aufenthalt nichtbefugter Personen im Schulgebäude nicht gestattet, was auf einer Verbotstafel ausdrücklich vermerkt ist. So kommt es, daß jetzt, nachdem die Bekanntmachung seit Montag, den 6. Februar aushängt nur sehr wenige Kenntnis von der Wahl genommen haben.

Wir machen darum die Erziehungsberechtigten von Lipiny darauf aufmerksam, den Termin der Wahl nicht zu versäumen. Wahlberechtigt sind nur die Personen, die gesetzlich zur Erziehung der Kinder berufen sind (das heißt, nur der Vater, wenn er am Leben ist) und deren Kinder die öffentliche Minderheitsvolksschule des Schulverbandes Lipiny besuchen.

Zu einer Vorbesprechung in dieser Angelegenheit werden die Erziehungsberechtigten am Freitag, den 17. Februar 1933, abends 19 Uhr, (7 Uhr abends) in das Zimmer 16 der Schule 2 gebeten.

**Bielschowitz.** (Die wilden Schachtanlagen fordern ihre Opfer.) Ein folgenschwerer Unglücksfall ereignete sich auf einem der vielen Schachtanlagen in Bielschowitz, welchem der 23jährige verheiratete Josef Michalski von der ul. Wodna 160 aus Bielschowitz zum Opfer fiel. Der junge Mann war dort mit dem Buddeln von Kohlen beschäftigt. Plötzlich lösten sich Erdmassen und verschütteten den unten befindlichen Michalski. Nach längerer Arbeit gelang es den Verschütteten, leider nur noch als Leiche, zu bergen. Der am Tatort herangerufene Arzt stellte gleichfalls den Tod fest. Es erfolgte die Einlieferung in die Leichenhalle des Knappschaftslazaretts in Bielschowitz. x.

**Kamin.** (15 Arbeitslose plündern Kohlenwaggons aus.) Auf dem Eisenbahnterrain in Kamin bemerkte ein Polizeibeamter 15 Personen, welche Kohlenwaggons plünderten. Die Täter wurden zur Legitimierung aufgefordert was sie jedoch nicht taten. Vier Personen wurden festgenommen, bei denen nicht weniger als 800 Kilogramm Kohle vorgefunden und beschlagnahmt worden ist. Gegen die Täter wurde gerichtliche Anzeige erstattet. x.

**Ruda.** (Arbeitslose ohne Wohnung.) Von einem Arbeitslosen erhalten wir eine Zuschrift, die eine fürchterliche Anklage gegen die heutigen Zustände bildet. Es handelt sich um den Arbeitslosen St., der, nachdem er auf der Castellengogrube 1930 abgebaut wurde, nach Frankreich auswanderte. Er hat bis 1932 in Frankreich gearbeitet und zog sich dort bei der Arbeit eine arge Krankheit zu, woraufhin er nach Polen abgeschoben wurde. Der Arbeiter hat Frau und 7 unversorgte Kinder zu ernähren und er bemüht sich vergeblich um Arbeit. Nicht genug, daß er krank und arbeitslos ist, steht er noch mit seiner Familie ohne Wohnung da. Er war wiederholt bei der Gemeinde wegen Zuweisung einer Wohnung vorstellig, erhielt aber jedesmal die Versicherung, daß keine Wohnung vorhanden ist. Er zog mit seiner großen Familie zu den Schwiegereltern, aber dort wohnten schon drei Familien in der kleinen Wohnung. Er mußte mit seinen Kindern auf dem Dachboden schlafen, konnte aber vor Kälte nicht aushalten und die Kinder wurden krank. Schließlich zog er mit seiner Familie in die Russenbaracke auf dem Minervaschacht, wo Obdachlose wohnten. Die Verwaltung der Ballestremschen Gruben verbot jedoch dem Arbeiter den Aufenthalt in der Baracke und gab ihm eine Frist von 24 Stunden, die Baracke zu räumen. Natürlich zog der Bedauernswerte nicht aus, denn wohin sollte er sonst gehen? Da kamen aber Arbeiter und rissen das Dach von der Baracke nieder. Der Arbeiter geht zur Polizei und auf die Gemeinde und schließlich läßt man ihn dort weiter hausen. Das niedergerissene Dach hat der Arbeiter so gut es ging ausgebessert, aber man hat ihn angeklagt, daß er unrechtmäßig in die Baracke eingedrungen ist. Für den 2. März ist die erste Gerichtsverhandlung vor dem Sond Grodzki in Ruda festgesetzt. Es sind das unerhörte Zustände und man muß sich wundern, daß derartige Dinge überhaupt möglich sind.

# Pleß und Umgebung

**Golassowitz.** (20 Groschen für die Rentenquittung.) Der Gemeindevorsteher, Herr Dolezyk hat angeordnet, daß ein jeder Invalide für die Rentenquittung 20 Groschen bezahlen muß. Diese Anordnung gilt schon seit 1927. Jeden Monat müssen die Invaliden diese 20 Groschen bezahlen. Wohl ist das kein hoher Betrag für jene, die Geld genug haben, aber für einen armen Invaliden, der von der Rente lebt, ist das jedenfalls viel und es wäre erwünscht, daß endlich damit Schluß gemacht wird.

# Rybnik und Umgebung

## Schweres Unwetter über dem Rybniker Kreis.

Am vergangenen Mittwoch brach im Kreise Rybnik ein schweres Unwetter aus, welches größeren Schaden anrichtete. So wurde von dem starken Wind das Wohnhausdach des Bäckermeisters Alois Mura in der Ortschaft Boguszowicz erheblich beschädigt. Durch Einfallen dreier Schornsteine wurden weitere Wohnhausdächer, sowie Wohnungseinrichtungsgegenstände beschädigt. In einem anderen Falle wieder wurde das Dach der Scheune des Landwirts Franz Marcis in der gleichen Ortschaft vollständig abgedeckt. Schwere Beschädigungen wies auch das Wohnhausdach des Julius Musiolek auf. Der Gesamtschaden wird auf etwa 7 bis 8000 Zloty geschätzt. x.

**Kokoschütz.** (Seinen Schwager getötet.) Eine schwere Bluttat ereignete sich am 15. d. Mts. auf dem Wege nach Kokoschütz. Dort kam es zwischen dem 43jährigen Grubenarbeiter, dem Witwer Konstantin Juraszczyk und dem 39jährigen Schwager Edward Juraszczyk wegen Erbschaftsangelegenheiten zu Meinungsverschiedenheiten, welche in Tätlichkeiten ausarteten. In der Erregung ergriff Konstantin Juraszczyk einen harten, scharfen Gegenstand und versetzte damit seinem Schwager mehrere wuchtige Schläge auf den Kopf. Der Getroffene erlitt einen komplizierten Schädelbruch. Der Tod trat auf der Stelle ein. Der Tote wurde nach seiner Wohnung geschafft. Der Polizei gelang es inzwischen den Mörder festzunehmen. Die bisherigen Feststellungen haben gezeigt, daß J. die Bluttat an seinem Schwager in der Trunkenheit begangen hat. Weitere Untersuchungen in dieser Affäre sind im Gange. x.

# Tarnowitz und Umgebung

## Vertagte Etatsberatungen.

Am 14. Februar 1933 sollte eine Gemeindevertretersitzung über Etatsberatung in Neudeck stattfinden. Als die sechs deutschen Vertreter im Gemeindebüro erschienen, sagte ihnen der Gemeindevorsteher Zejer, daß die Sitzung wegen nicht rechtzeitiger Einladung vertagt werden muß. Das hätte Herr Zejer als Gemeindevorsteher schon vorher wissen müssen, aber er braucht die Gemeindevertreter nicht zu benachrichtigen, die können ja bei dem Schneesturm ruhig zur Gemeinde laufen. Aber etwas Gutes hatte die Sache doch. Bei der privaten Aussprache der Gemeindevertreter mit dem „Naczelnik", konnte der Vertreter der deutschen Sozialdemokraten erfahren, daß der Herr Zejer den Entwurf des Gemeindeetats, laut Aushang vom 1. Februar, auf die Dauer vom 1. bis 14. Februar 1933, ausgelegt hat; am 4. Februar hat er den Etat, welcher mit einigen 40 000 Zloty in Einnahme und Ausgabe balancierte, zurückgezogen und abgeändert, indem er die Ausgaben künstlich um mehr als 40 000 Zloty steigerte und auf 90 000 Zloty heraufsetzte, und das alles heimlich, ohne die Aenderung bekannt zu geben. Wer also den Etat vom 1. bis 4. Februar eingesehen hat, hat ein ganz anderes Bild als derjenige, welcher ihn nach dem 4. gelesen hat. Und das schönste ist, daß der Aushang selbst nur im Flur vor dem Gemeindebüro angebracht war, nicht aber an den anderen ordnungsmäßigen Gemeindetafeln, an denen bisher jede Bekanntmachung seit vielen Jahren erfolgte.

Was sagt die Aufsichtsbehörde dazu? Gilt das Gesetz nur für uns oder auch für den kommissarischen Gemeindevorsteher Zejer? Wenn es richtig gemacht wird müßte der Gemeindevorsteher jetzt die Aenderung durch Aushang veröffentlichen und den Etat noch einmal 14 Tage lang auslegen, oder die Gemeindevertretung kann nur über den ersten Etat beschließen, auf welchen sich der Aushang vom 1. Febr. bezieht.

Unser Genosse, Gemeindevertreter Halupczok, hat übrigens entsprechend dem Wunsche des weitaus größten Teiles der Bevölkerung den Antrag gestellt, daß bei der nächsten Sitzung unter Punkt 1 die Wahl des ehrenamtlichen Gemeindevorstehers durchgeführt wird und hat für seinen Antrag auch bei den anderen Gemeindevertretern Unterschriften gesammelt.

# Bielitz, Biala und Umgegend

## Bielitz und Umgebung

### Die Drohnen in der menschlichen Gesellschaft.

Während Millionen darben, führt eine Insel von Glückseligen das schönste Leben auf dieser Erde. Nach der Feststellung des sozialdemokratischen Sejmabgeordneten Zaremba in der Budgetkommission des Sejm sind dies in Polen 1½ Prozent Großkapitalisten, die allein die Hälfte des gesamten Volkseinkommens zusammenraffen.

Und die Helfer dieses Großkapitals werden dementsprechend für ihre Arbeit belohnt. In Oberschlesien sind für gewisse Bergwerks-, Hütten- usw. Direktoren Monatsgehälter von 10 000 Zloty, 20 000 Zloty, 25 000 Zloty, 30 000 Zloty, 50 000 Zloty usw. an der Tagesordnung. Ja sogar ein Fall von 117 000 Zloty monatlich (Generaldirektor Lewalski) wurde seinerzeit gemeldet.

8 Prozent sind erst kürzlich den armen Bergleuten, die in ständiger Lebensgefahr arbeiten, von ihrem kargen Lohn abgezogen worden, doch die hohen Preise der Kohlen rücken und rühren sich nicht! — Andere Direktoren, als die oben erwähnten, müssen sich mit weniger Geld begnügen, sie müssen sich mit nur 4 283 Zloty monatlich durchs Leben schlagen, so z. B. der frühere polnische Handels- und Industrieminister Kwiatkowski, der jetzt als wohlbestallter Generaldirektor der Stickstoffwerke in Moscice fungiert.

Und der neue Handels- und Industrieminister, es ist dies der General (!) Zarzycki, meint, das sei noch zu wenig: sein Vorgänger müßte eigentlich das Doppelte bekommen!

Na, vielleicht schafft es der Herr General Zarzycki selber noch mal so weit. Beispiele hierfür hat man ja; so erhält sein Kollege vom Fach, der General Maciejewski, den wiederum dessen Kollege vom Fach, der Generaldirektor der Landwirtschafts-Bank, General Gorecki, als Vertreter in den Aufsichtsrat der Lodzer Textilfabrik, Scheibler und Grohmann" — als Gegenforderung für einen Kredit — entsandt hat, einen ganz anderen Happen, nämlich pro Jahr 140 000 Zloty. — Armer Herr Kwiatkowski! Wie schlecht geht es Ihnen, d. h. im Verhältnis zum General Maciejewski!

Die Großbanken müssen übrigens ja allerlei verdienen, was ja auch schon daraus hervorgeht, daß die Bank Polski nach allerlei Abschreibungen, Tantiemen usw. kürzlich nicht weniger als 8 Prozent Dividende ausgeschüttet hat.

Die wichtigsten Großbanken Polens, die sämtlich unter staatlichem Einfluß stehen, die Bank Polski, die Bank Gospodarstwa Krajowego (Landeswirtschafts-Bank), die Bank Rolny (Landwirtschafts-Bank) und die PKO. (Postsparkasse), haben nicht weniger als 176 Direktoren.

Die Bank Polski zählt davon allein 106 Direktoren. Sie erhalten folgende Monatsgehälter:

84 Direktoren bis je 3000 Zloty monatlich,
18 Direktoren zwischen 3 und 6000 Zloty monatlich,
4 Direktoren über 6000 Zloty monatlich.

Bei den übrigen Staatsbanken gibt es folgende Gehälter:

45 Direktoren bis je 3000 Zloty monatlich,
22 Direktoren zwischen 3 und 6000 Zloty monatlich,
2 Direktoren über 6000 Zloty monatlich.

Während so ein großer Direktorenapparat usw. ungeheure Summen verschlingt, hört man aber andererseits kaum etwas von Kreditgewährungen an die Bauern, Handwerker, Kaufleute usw. Und dazu sollten die Staatsbanken eigentlich doch da sein, aber nicht als Futtertrog für die Drohnen!

**Etwas vom Arbeitsfonds.** Bei der am 15. Februar stattgefundenen Sitzung der Kommission für Arbeiterschutz in Warschau, referierte ein Abgeordneter des Regierungsklubs über das Projekt des zu schaffenden Arbeitsfonds. Dieses Projekt sieht einen Betrag von 106 500 000 Zloty vor, die aus verschiedenen Geldquellen zu schöpfen wären. Von diesem Betrag sind für Materialanschaffung 50 Prozent und für Arbeitslöhne ebenfalls 50 Prozent vorgesehen. Die Arbeiter, welche von diesem Fonds entlohnt werden sollen, würden 3 Zloty per Tag erhalten. Der Abgeordnete Gen. Szczerkowski wies daraufhin, daß der Arbeitsfonds das Arbeitslosenproblem nicht lösen wird. **Es muß die Arbeitszeit verkürzt, das Ueberstundenarbeiten verboten, der Lebensstandard für die Arbeiter gehoben und die Sozialgesetzgebung eingehalten werden.** Zugunsten dieses Fonds sollen die breitesten Massen des Volkes besteuert werden und zwar die Kurzarbeiter, die Invaliden, die Witwen, Waisen und Kleinrentner. Die Abgaben auf Zucker und andere Monopolartikel werden auf die Konsumenten abgewälzt. Die Reichen werden zur Steuerleistung nicht herangezogen. Die sozialistischen Abgeordneten werden gegen dieses Gesetzesprojekt stimmen. Die Vertreter der Volkspartei sprachen sich ebenfalls gegen dieses Projekt aus. Abg. Genosse Reger unterzog das ganze Projekt einer scharfen Kritik indem er darauf hinwies, daß die Allgemeinheit keine Kontrolle darüber haben wird, wer und wie mit dem Fonds resp. über den Fonds disponieren wird. (Einige sanatorische Krippenjäger, werden wieder einen guten Futtertrog gefunden haben.) Das Projekt wurde in 2. und 3. Lesung mit den Stimmen der Regierungsmehrheit mit einigen kleinen Aenderungen angenommen. Alle diese Projekte der herrschenden Klasse zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Heilung der Wirtschaftskrise sind nichts weiter wie Kurpfuschereien, die den kranken Wirtschaftskörper dem unheilbaren Siechtum zuführen müssen. Hier muß mit der Kurpfuscherei endlich Schluß gemacht und es muß eine Radikalkur angewendet werden, nämlich Beseitigung des heutigen kapitalistischen Wirtschaftssystems und Errichtung der sozialistischen Planwirtschaft. Dies wird sich natürlich nicht von selbst vollziehen, sondern es müssen alle Arbeiter in zähem Kampfe an diesem Werke unermüdlich mitschaffen. **Darum alle Mann an Bord!**

**Diebstahl.** Am Mittwoch, den 15. d. Mts., betraten nach 7 Uhr abends 4 Unbekannte den Kiosk der Marie Gerath in Bielitz, Grunewaldstraße, angeblich zwecks Zigarettenverkauf. In dem Moment, als die Kioskinhaberin die Zigaretten ausgab, stahl einer von den Vieren eine Damentasche im Werte von 21 Zloty und eine Aktentasche, in welcher sich etliche Stück Eier befanden. Als die Gerath den Diebstahl bemerkte, erhob sie ein Geschrei, darauf gaben ihr die zwei übrigen einen Stoß, daß sie auf einen Sessel stürzte, worauf alle vier Täter in der Richtung gegen Alt-Bielitz flüchteten. Die Täter waren im 18. bis 20. Lebensjahr und hatten lange Ueberzieher an. Die polizeiliche Verfolgung wurde eingeleitet.

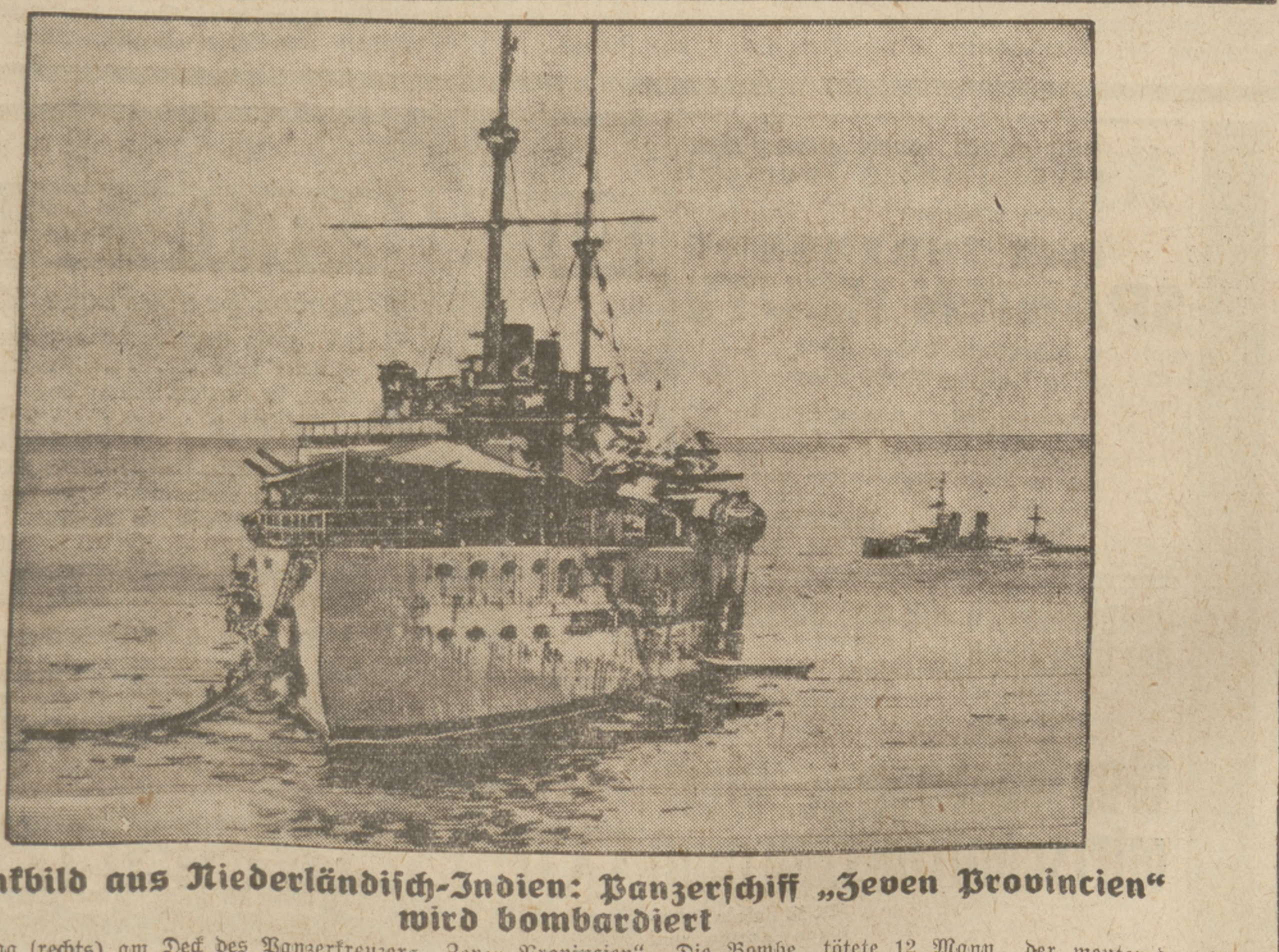
## Das Arbeitslosenproblem, die Achillesferse des Kapitalismus

Dreißig Millionen Arbeitslose in der Welt! Da lenkt sich der Blick auf die Frage, ob jemals der Zeitpunkt kommen wird, wo die nichtbeschäftigten Hand- und Kopfarbeiter für die Volkswirtschaft wieder voll verwendet werden können. Das Schicksal der Millionen Arbeitslosen ist das brennendste Problem der Zukunft. Man beschäftigt sich damit viel zu wenig. In den Vereinigten Staaten studiert eine Gruppe von Ingenieuren schon seit Jahren die Auswirkungen der technologischen Arbeitslosigkeit. Nach einem Bericht der „Fr. Ztg." (Reichsausgabe Nr. 962—964 1932) hat diese im Departement of Industrial Engineering der Columbia University Untersuchungen über die Arbeitslosigkeit in der Zukunft angestellt. Die Ingenieure glauben, daß die technologische Arbeitslosigkeit in der Zukunft anhält. Von den gegenwärtigen Arbeitslosen in den Vereinigten Staaten würde selbst nach der Rückkehr auf den Stand des Konsums von 1929 die Hälfte arbeitslos bleiben. „Sie sind zu dem Ergebnis gekommen, auf Grund des heutigen Standes der Technik bedürfe es nur einer Arbeitsleistung des Individuums zwischen 25 und 45 Jahren von 660 Arbeitsstunden im Jahre, um das ganze amerikanische Volk auf einen Lebensstandard zu heben, der 10mal so hoch wäre als der des Prosperitätsjahres 1929. Für 1934 rechnen sie mit einer Arbeitslosenziffer von 25 Millionen. Hiergegen helfe auch die Aufteilung der Arbeit wenig, wie man sie jetzt neuerdings in Regierungskreisen befürwortete. Schließlich müsse die immer drastischer werdende technologische Arbeitslosigkeit zum Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschaftsordnung führen und einer planwirtschaftlichen Arbeitsaufteilung bei stark reduzierten Arbeitszeiten Platz machen."

Der Berichterstatter der „Fr. Ztg." weist auf die beachtenswerte Tatsache hin, daß die Zukunft des Kapitalismus selbst in den Vereinigten Staaten, bisher doch die Hochburg der hundertprozentigen Individualisten, hier und da schon kritisch beurteilt wird. Die energischen Forderungen des amerikanischen Gewerkschaftsbundes nach der Fünftagewoche und dem sechsstündigen Arbeitstag sei dafür ebenfalls sehr bezeichnend. Der Kapitalismus wird zweifellos in allen Ländern an der Frage scheitern, ob er den Millionen Menschen, die auf Arbeit warten, Beschäftigung zu geben vermag. Wenn infolge der Untersuchungen des amerikanischen Ingenieurkomitees die Arbeitskräfte von 25 bis 45 Jahren bei einer Jahresarbeitszeit von 660 Stunden (etwa 13 Stunden je Woche) einen Lebensstandard zu garantieren vermögen, zehnmal so hoch wie der in den Konjunkturjahren, so ist die planwirtschaftliche Arbeitsaufteilung auf drei Tage je Woche das dringendste Erfordernis. Große Revolutionen stehen bevor. Die Gewerkschaften werden bei dieser Neuordnung der Dinge die größte Rolle spielen. Möge dies jeder Hand- und Kopfarbeiter beachten.

**Deutsches Theater.** (Ein Sommernachtstraum von W. Shakespeare. Musik von F. Mendelsohn.) Shakespearstücke sind Klippen für jedes Provinztheater die man gerne meidet, denn die Schwierigkeiten des häufigen Szenenwechsels, die Kostümfragen und nicht zuletzt die sprachlichen Schwierigkeiten, welche an den Fleiß und die Intelligenz des Schauspielers die denkbar größten Forderungen stellen, sind für ein Provinztheater oft unüberwindlich. Es kommt Unzulängliches heraus und das Publikum wird mehr verwirrt als begeistert. Anders ist dies bei Dir. Ziegler, dessen von künstlerischem Willen beseelte Shakespeareaufführungen für jeden passionierten Theaterbesucher ein kleines Fest bedeuten und bei uns so etwas wie eine Shakespearedämmerung geschaffen haben. Ohne große äußere Mittel — diese stehen dem Theater ja nicht zur Verfügung — wird mit künstlerischem Geschmack und größtem Eifer an der Lebendigmachung der Dichtung gearbeitet, so daß man oft staunt, wie einfach und jedermann verständlich der „gefürchtete" Klassiker sich auf der Bühne präsentiert. Sommernachtstraum, dieses Füllhorn gottbegnadeter Phantasien, dieses übermütige lose Spiel, dessen tiefer Sinn sich in den lustigen Verwickelungen versteckt, ist ja durch Reinhardt längst „modern" geworden. Auf dieses Ausstatungswunder allerdings müssen wir verzichten. Uns steht kein Ballett zur Verfügung, welches die wundervolle Begleitmusik beleben würde. Schade, doch trösten wir uns mit Shakespeare, der den Theseus an einer Stelle sagen läßt, daß das Schlechteste, d. h. Primitive vortrefflich wird, wenn unsere eigene Einbildungskraft nachhilft und was man uns bot, war bei Gott nicht das Schlechteste. Eine, wenn auch nicht prunkvolle, so doch in ihrer stillreinen Einfachheit vornehme Ausstattung bot den Rahmen für eine in der Gesamtheit mustergültige Darstellung. Es tut wohl, wenn die Farben der Dekorationen und die der Kostüme aufeinander abgestimmt sind, wie denn überhaupt die Kostümfrage in glücklichster Weise gelöst wurde. Auch das trefflich abgestimmte Orchester Wolfsthals, dem Werke organisch verbunden, leistete sein Bestes. Was die Darstellung selbst anbelangt, ist sie in erster Linie ein Erfolg der glücklichen Regie Zieglers. Jeder Auftritt lebt, jede Gruppierung ist plastisch und wirkt natürlich. So ist es vor allem Ensemblekunst, die uns in der Darstellung gerade diesen Werkes entgegentritt und vor welcher gewisse Unzulänglichkeiten der Einzelleistungen gemildert erscheinen. Ein Sprühlenfelchen voll Uebermut in tänzerischer Ungebundenheit so tritt uns der „Puck" Frl. Webers vor Augen und treibt seine anmutigen den Possen. Reizvolle Verkörperung findet die leichtfertige Elfenkönigin Titania durch Frl. Geller, dem Oberon leiht Frl. Walla ihre kultivierte Sprache und den gewinnenden Charm. Frl. Wallisch bringt als Elf das Schlummerlied ganz allerliebst zum Vortrag und sieht wirklich märchenhaft aus. Frl. Landy als Hermia gleiten die Verse sehr zierlich aus dem Munde und sie versteht gut zu sprechen, leider verwechselt sie noch Tragik mit Wehleidigkeit. Die Helena Frl. Kühnels ist eine stumme Schönheit die durch Reden nicht gewinnt. Auch hier fehlt es an Innerlichkeit. Frl. Kurz, meistert dank ihrer Routine die Rolle der ihrem Naturell fernstehenden Hippotyla. Die Herren Triembacher, Banner und Kennedy haben das Plus ihrer glücklichen Bühnenerscheinung für sich, erfreuen auch darüber hinaus durch ihre natürliche Darstellung. Mit komischem Eifer agiert Preses als Zettel, beziehungsweise Priamus und erregt durch seine Selbstgefälligkeit große Heiterkeit. Der mürrisch schwerfällige Flaut Zieglers, als lispelnde Thisbe, ist ihm ein würdiger Partner. Zu einem lustigen Ensemble vereinigen sich der aufgeregte Sigunz (Brück) der unbeholfene Schnauz (Wagner), der schwerfällige Schnock (Soewy), sowie der schüchterne Schlucker (König). Der gut charakterisierte Egeus Reißerts, kämpft mit sprachlichen Schwierigkeiten. Der mehr als freudige Beifall in den Pausen und nach Schluß des Stückes hat ergeben, daß es in unserem Theater neben der „weißen Rössel"-Gemeinde auch eine Shakespeargemeinde gibt und das Dir. Ziegler mit seiner Regiearbeit, Brück mit seinem Anteil an der äußeren Ausstattung des Stückes, Wolfsthal mit seinem künstlerisch disziplinierten Orchester, sowie die übrigen Darsteller mit ihren Bemühungen auf das Verständnis des Publikums gestoßen sind.

H. R.



**Funkbild aus Niederländisch-Indien: Panzerschiff „Zeven Provincien" wird bombardiert**

Der Einschlag (rechts) am Deck des Panzerkreuzers „Zeven Provincien". Die Bombe tötete 12 Mann der meuternden Besatzung, die sich daraufhin dem verfolgenden Geschwader übergab. Eines der Schiffe dieses Geschwaders ist im Hintergrund zu sehen. — Das Bild wurde von der Station Bandeong (Niederländisch-Indien) nach Amsterdam drahtlos übermittelt und von dort aus durch Flugzeug nach Berlin gesandt.

# Rundfunk

## Kattowitz und Warschau.

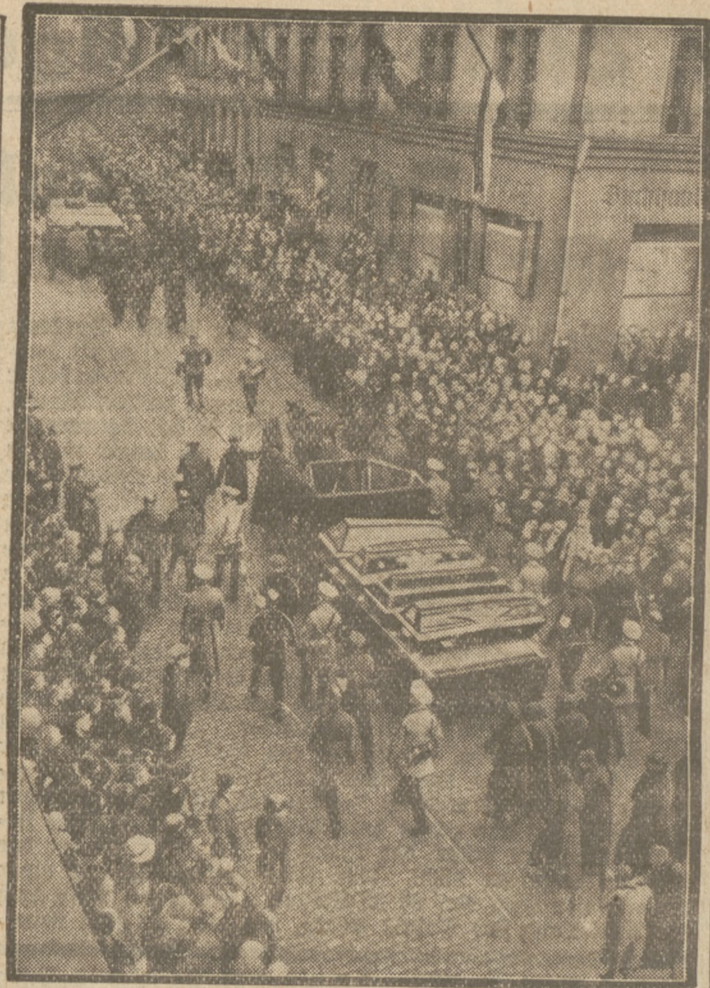
**Sonnabend, den 18. Februar.**

13,05: Wirtschaftsnachrichten. 13,15: Aus Lemberg: Schulkonzert. 15,35: Kinderfunk. 16: Leichte Musik. 16,40: Vortrag. 17: Briefkasten für Kinder. 17,40: Vortrag. 18: Leichte Musik. 18,30: Verschiedenes. 18,40: Vortrag. 19,30: Berichte und Presse. 20: Konzert. In der Pause: Sport und Presse. 22,05: Chopin-Konzert. 22,40: Feuilleton. 23: Tanzmusik. 23,30: Nachrichten.

## Breslau und Gleiwitz.

**Sonnabend, den 18. Februar.**

11,30: Wetter; anschl.: Konzert aus Königsberg. 12: Aus der Schloßkirche zu Wittenberg: Feierstunde zu Luthers Todestag. 15,40: Die Filme der Woche. 16: Wie wohnen? 16,20: Das Buch des Tages. 16,35: Konzert aus Hamburg. 17,30: So war Wagner. 17,55: Die Zusammenfassung. 18,25: Heitere Stunde auf Schallplatten. 19,30: Wetter; anschl.: Der Zeitdienst berichtet. 20,05: Aus Koblenz: In dem Funkduett. 22,30: Zeit, Wetter, Tagesnachrichten und Sport. 23: Aus Berlin: Tanzmusik. 23,30: Abschnitt vom Opernball der Staatsoper.





## Die Beisetzung der Opfer von Neunkirchen

Links: Die Särge der 63 Opfer bei der Totenfeier auf dem Unteren Markt. — Rechts: Der Trauerzug, der sich, umsäumt von vielen Zehntausenden, vom Marktplatz von Neunkirchen zum Friedhof bewegte.

# Versammlungskalender

## D. S. A. P. und Arbeiterwohlfahrt.

**Groß-Kattowitz.** (Vorstandssitzung.) Am Freitag, den 17. Februar, findet um 7 Uhr abends, im Zentralhotel, eine wichtige Vorstandssitzung des Kattowitzer Ortsvereins statt. Um pünktliches Erscheinen aller Vorstandsmitglieder wird gebeten.

**Eichenau.** Am Sonntag, den 19. Februar, findet um 3 Uhr nachmittags, im Lokale des Herrn Koniarek, eine wichtige Mitgliederversammlung statt. Um pünktliches Erscheinen aller Mitglieder wird gebeten. Mitgliedsbücher mitbringen. Referent: Genosse Kowoll.

**Mittel-Lazisk.** Am Sonntag, den 19. Februar, nachmittags 3 Uhr, findet im bekannten Lokal eine Versammlung der D. S. A. P. statt. Referent: Genosse Matzke.

## Bergbauindustriearbeiterversammlungen

**am Sonntag, den 19. Februar 1933.**

**Zalenze-Domb.** Vorm. 9 Uhr, bei Golczyk. Referent Kam. Herrmann.

**Gostyn.** Vorm. 9 Uhr, im bekannten Lokale. Referent Kam. Nietsch.

**Mittel-Lazisk.** Nachm. 3 Uhr im bekannten Lokale. Referent Kam. Nietsch.

**Rojca.** Nachm. 2 Uhr, im bekannten Lokale. Referent Kam. Wrozyna.

**Murcki.** Nachm. 2 Uhr, im bekannten Lokale. Referent Kam Herrmann.

## Wochenplan der S. J. P. Katowice.

Freitag, den 17. Februar: Singabend.
Sonntag, den 19. Februar: Heimabend.

## Wochenprogramm der D. S. J. P. Königshütte.

Freitag, den 17. Februar: Sprechchorprobe.
Sonnabend, den 18. Februar: Wochenendkursus.
Sonntag, den 19. Februar: Heimabend.

## Monatsplan der D. S. J. P. Schwientochlowitz.

Freitag, den 17. Februar: Arbeitsgemeinschaft. Zwei 10-Minuten-Referate und Diskussion.
Freitag, den 24. Februar: Sprechchorbrobe und Gesang.

**Deutscher Metallarbeiterverband Bezirk Polnisch-Oberschlesien.** (Bezirksgeneralversammlung.) Laut Statut des Deutschen Metallarbeiterverbandes Paragraph 33 sowie Punkt 6 des Bezirksstatuts für Polnisch-Oberschlesien, beruft die Ortsverwaltung für den Bezirk Polnisch-Oberschlesien mit dem Sitz in Königshütte, für den 26. Februar, vormittags 9 Uhr nach Königshütte, Volkshaus, die fällige Generalversammlung ein. Tagesordnung: 1. Berichte: a) des Bevollmächtigten, b) des Kassierers, c) der Revisoren. 2. Allgemeine Aussprache und Entlastung des Vorstandes. 3. Neuwahl der Bezirksverwaltung. 4. Anträge. An der Generalversammlung nehmen teil: die engere und erweiterte Bezirksleitung, der jeweilige ehrenamtliche Bevollmächtigte und Kassierer der örtlichen Verwaltungen, ferner die Delegierten die nach dem Punkt 6 des Bezirksstatuts für Polnisch-Oberschlesien örtlich zu wählen sind. Anträge zur Generalversammlung sind an die Bezirksleitung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Königshütte, ulica 3-go Maja 6, spätestens bis zum 18. Februar einzureichen. Später eingereichte Anträge können nicht zur Behandlung vorgelegt werden.

Die Bezirksleitung für Polnisch-Oberschlesien.

**Kattowitz.** (Ortsausschuß.) Am Sonnabend, den 18. d. Mts., nachmittags 6 Uhr, findet im Saale des Zentral-Hotels die Sitzung des Ortskartells statt. Pünktliches und vollzähliges Erscheinen der Delegierten ist Pflicht. Vorstandssitzung ½ Stunde vorher.

**Kattowitz.** (Transportarbeiter-, Maschinisten- und Heizerverband.) Am Sonntag, den 19. Februar, vormittags um 9½ Uhr, findet im Zentralhotel die Generalversammlung statt. Vollzähliges Erscheinen und Mitbringen der Mitgliedsbücher ist notwendig.

**Kattowitz.** (Freie Turner.) Am Sonntag, den 19. Februar, abends um 6 Uhr, findet im Saal des Zentralhotels die diesjährige Generalversammlung statt. Alle Mitglieder haben vollzählig zu erscheinen.

**Kattowitz.** (Ortskartell der freien Gewerkschaften.) Am Montag, den 20. d. Mts., vormittags 9½ Uhr, findet im Saale des Zentralhotels eine Versammlung aller arbeitslosen Kollegen statt. Da Wichtiges auf der Tagesordnung steht, ist es Pflicht der Kollegen, zu erscheinen. Mitgliedsbuch legitimiert.

**Kattowitz.** (Zentralverband der Zimmerer und Maurer.) Die, am 2. Februar nicht abgehaltene Generalversammlung, findet am Sonntag, den 19. Februar, um 9½ Uhr, im Zentralhotel, Zimmer 15, statt. Pflicht ist es eines jeden Kollegen, zu erscheinen.

**Königshütte.** (Freier Schachverein.) Am Freitag, den 17. Februar, abends um 7 Uhr, findet im Vereinslokal die fällige Mitgliederversammlung statt. Alle Schachfreunde sind herzlichst eingeladen.

**Königshütte.** (Volkschor „Vorwärts.) Am Sonntag, den 19. Februar, nachmittags um 3 Uhr, findet im Volkshaus, Vereinszimmer, die diesjährige Generalversammlung statt. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

**Königshütte.** (Metallarbeiter, Heizer, Maschinisten und Zimmerer.) Am Dienstag, den 21. Februar 1933, nachmittags um 5 Uhr, findet eine gemeinschaftliche Versammlung der Metallarbeiter, Maschinisten, Heizer und Zimmerer im „Volkshaus" Krol.-Huta, ulica 3-go Maja 6, im Büfettzimmer statt. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung, ersuchen wir alle unsere Kollegen, bestimmt zu erscheinen. Referent: Kollege Buchwald.

**Siemianowitz.** (D. M. V.) Am Sonntag, den 19. Februar, vormittags um 9½ Uhr, findet im Lokal Kozdon die fällige Generalversammlung statt. Alle Kollegen haben zu erscheinen. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

**Bismarckhütte.** (Faschingsvergnügen.) Am Sonntag, den 19. Februar, findet im Saal bei Brzezina, ulica Kalina, ein Faschingsvergnügen des „Freien Schachvereins" statt. Freunde und Gönner des Vereins sind dazu eingeladen.

**Bismarckhütte-Schwientochlowitz.** (Ortsausschuß.) Am 20. Februar d. Js., nachmittags 6 Uhr, findet im D. M. V.-Büro eine Vorstandssitzung des Ortsausschusses statt. Die Vorstandsmitglieder werden gebeten, vollzählig und pünktlich zu erscheinen.

**Bismarckhütte-Schwientochlowitz.** (Ortsausschuß.) Am 23. d. Mts., nachmittags 6 Uhr, findet bei Ludwig, ulica Krakowska, die fällige Generalversammlung des Ortsausschusses Bismarckhütte-Schwientochlowitz statt. Alte und neue Delegierte werden gebeten, pünktlich zu erscheinen.

**Schwientochlowitz.** (Deutscher Sozialistischer Jugendbund in Polen.) Am Sonntag, den 19. Februar, nachmittags 3 Uhr, findet im Lokal Bialas die Generalversammlung unserer Jugendgruppe statt. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

**Chropaczow.** (D.S.J.P.) Am Sonntag, den 19. Februar, nachm. 4 Uhr, findet bei Ganschinietz die Generalversammlung der D. S. J. P. statt. Mitgliedskarten sind mitzubringen.

## Mitteilungen des Bundes für Arbeiterbildung

**Bismarckhütte.** Am Montag, den 20. Februar, abends um 7 Uhr, findet bei Brzezina ein Lichtbildervortrag statt. Referent: Herr Dr. Urbanek.

Schriftleitung: Johann Kowoll; für den gesamten Inhalt u. Inserate verantwortlich: J. V.: Reinhard Mai, Katowice. Verlag „Vita" Sp. z ogr. odp. Druck der Kattowitzer Buchdruckerei- und Verlags-Sp.-Akc., Katowice.